15. Jahrg. / Nr. 181 / Preis 10 Pf. Auswärts 15 Pf. Berlin, Dienstag, 6. September 1932

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Komm[illegible]le)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: B 1 Berolinn 5481, Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH. Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postscheck: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung. Expedition GmbH., Berl[illegible] Kurfürst 1825/26. Schlu[illegible] [illegible]eraten- [illegible]on: B 1 [illegible] 16 Uhr.

Bezugspreis in Berlin u. Orten mit eig. Zustellung: pro Woche 60 Pf., pro Monat 2,60 M. einschl. Trägerlohn. Postbezug pro Monat 2,60 M. nebst Bestellgeld. Streifband im Inland 4.20 M., im Ausland 4.50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gesp. Millimeterzeile [illegible] 3gesp. Text- millimeterzeile 2,50 M Arbeiterorganis. u. Familien[illegible] [illegible]imeterz. 20 Pf. Kleine Anz.: Textwort 20 Pf., Ueberschriftsw. 30 Pf. Arbe[illegible]markt: Wort 5 Pf.

Heute Sonder-Nr.: Gas, Wasser, Elektrizität Große Aktion bei Osram

Die Schuld von Ohlau

Anläßlich der Verhandlung über den Ohlauer Landfriedensbruch vom 10. Juli 1932 vor dem Sondergericht in Brieg hat Ihre Zeitung irreführende Mitteilungen über Urheberschaft und Schuld an den blutigen Ausschreitungen gebracht. Auf Grund des Paragraphen 5 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 — RGBl. I S. 297 — ersuche ich daher um Abdruck der in der Anlage beigefügten amtlichen Entgegnung in der nächstfolgenden, für den Druck nicht bereits abgeschlossenen Nummer Ihrer Zeitung einschließlich etwaiger Kopfblätter.

Die Entgegnung ist auf der 1. Seite am Kopf der Zeitung über alle Spalten hinweg abzudrucken, die Ueberschrift in 3 Cicero hoch, der Text in Borgis fett.

Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß nach Paragraph 5, Abs. 2 der Verordnung vom 14. Juni 1932 eine Stellungnahme zu der Entgegnung in der gleichen Nummer unzulässig ist.

Bei Zuwiderhandlungen gegen mein Ersuchen wird gemäß Paragraph 6, Abs. 1, Ziff. 6 der genannten Verordnung eingeschritten werden.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt: gez. Dr. Bracht.

Gegenüber irreführenden Mitteilungen über Urheberschaft und Schuld an den blutigen Ausschreitungen in Ohlau am 10. Juli 1932 wird aus den Urteilsgründen folgendes amtlich bekanntgegeben:

„Zur Entschuldigung der Angeklagten haben ihre Verteidiger geltend gemacht, daß die Ausschreitungen der Reichsbannerangehörigen lediglich durch das provozierende Verhalten der Nationalsozialisten ausgelöst worden seien . . . Bereits in Brieg hätten sich die Nationalsozialisten mit wurfgroßen Ziegelsteinen versehen und sie in ihren Brotbeuteln und Taschen verstaut; sie seien auch mit Pistolen und Gewehren ausgerüstet gewesen . . . Hierzu ist zunächst zu bemerken, daß, selbst wenn einzelne Nationalsozialisten im Besitze von Schußwaffen gewesen sein sollten, nicht in einem einzigen Fall von diesen Waffen Gebrauch gemacht worden ist . . . Jedoch, ganz abgesehen davon, daß schon an sich diese angeblichen Provokationen, die auch nach Darstellung der Angeklagten für keinen der Beteiligten auch nur die geringsten nachteiligen Folgen gehabt haben, die von den Angeklagten begangenen schweren Ausschreitungen nicht im geringsten entschuldigen können, können sie auch deshalb nicht zur Rechtfertigung der Angeklagten dienen, weil sie ihnen ja zur Zeit der Begehung ihrer Straftaten noch gar nicht bekannt gewesen sind. Alle den Nationalsozialisten gemachten Vorwürfe sind erst nach und nach im Laufe des Verfahrens zusammengetragen worden. Zu der Zeit, als die Reichsbannerangehörigen den Zug zum Schloßplatz antraten, wußte keiner von ihnen etwas. Damals war ihnen lediglich gemeldet worden: ‚Schnell zur Pachurecke und auf den Ring, drin geht's los, die Nazis kommen'. Das allein war das Signal zum Marsch auf den Schloßplatz, nicht die Entrüstung über Ausschreitungen der Nationalsozialisten. Das Gericht ist deshalb davon überzeugt, daß die Gewalttätigkeiten der Reichsbannerleute lediglich durch ihre und ihrer Führer Angriffslust und Angriffsbereitschaft ausgelöst worden sind, weil die Reichsbannerangehörigen die Gelegenheit, die Nationalsozialisten zu überfallen und zu verprügeln und ihren in langer Feindschaft aufgespeicherten Haß an ihnen auszulassen, für günstig hielten . . ., das Gericht hat keinen Zweifel daran, daß die Reichsbannerleute, nachdem sie bereits in Quallwitz genügend aufgehetzt worden waren, von ihren Führern lediglich zu dem Zweck im ‚Walfisch' zusammengehalten worden sind, um bei sich bietender Gelegenheit die Nationalsozialisten anzugreifen. Denn eine andere einleuchtende Erklärung für das Zusammenbleiben im ‚Walfisch' konnte nicht gegeben werden. Durnick behauptet zwar, er habe mit seinen Leuten das Gewerkschaftsbüro und den Konsumverein schützen wollen . . Aber er hat keinerlei Angaben darüber machen können, wer ihm solche Aeußerungen zugetragen hat und wann dies geschehen ist. Er hat tatsächlich auch nichts zum Schutz dieser Räume unternommen . . . So wenig die Tatsache, daß die Reichsbannerleute nach dem Kampf auf dem Ring im ‚Walfisch' zusammenblieben, auf die angebliche Besetzung der Stadt durch 2000 Nationalsozialisten zurückzuführen ist, so wenig ist den Angeklagt zu glauben, daß sie nach der Rückkehr aus Quaallwitz nur zu dem Zweck im ‚Walfisch' versammelt geblieben sind, um das Gewerkschaftsbüro und den Konsumverein zu schützen. Für den einen, wie für den anderen Fall gibt es keine andere Erklärung, als die Angriffsabsicht des Reichsbanners."

Beglaubigt: Modrow,
Ministerial-Kanzleisekretär.

Notverordnung der Trustkönige gegen eure Löhne und Tarife

Entscheidende Stunden für das gesamte deutsche Proletariat

Das, was gestern Hindenburg, Papen, Schleicher notverordnet haben, wühlt jeden auf, geht jeden an, der hungert oder frontet: Den Betriebsarbeiter, für den der Hungerlohn unter Tarif zum Gesetz erklärt wird, den Erwerbslosen, der Beihilfe leisten soll, wenn die Kapitalisten seine betriebstätigen Klassengenossen auf Hungerration setzen, den Kleingewerbetreibenden, der an der Schrumpfung der Kaufkraft der Arbeiter krepiert und Zeuge sein muß, wie ein gefräßiger Klüngel von Monopolkapitalisten Milliarden-Geschenke verschluckt.

Das, was da gestern notverordnet worden ist, ist das Tollste an sozialpolitischen Angriffen in der Kette der gewiß nicht wenig zahlreichen Maßnahmen der herrschenden Klasse und ihrer Trabanten seit 1918, vom Sozialisierungsschwindel in den Blutagen der Noske-Zeit, über das Ermächtigungsgesetz nach der Oktoberniederlage, über Hilferding bis zu Brüning. Hier wird nichts mehr verschleiert. Hier kann keine soziale Floskel mehr verbergen, daß das in hundert und tausend kapitalistischen Memoranden und Entschließungen geforderte Programm der Industriefürsten und Junker endlich zum notverordneten Gesetz gemacht worden ist. Ihr Wort ist es, das die Papen-Regierung verkündet, die durch die Hitler, Goering und Konsorten in den Sattel gehoben worden ist. Ihr Wort ist es, in deren Namen Hindenburg zeichnet, der von den Führern der Eisernen Front auf den Präsidentenstuhl gehoben wurde.

„Ankurbelung der Wirtschaft" nennt sich der Titel dieser Notverordnung. „Ankurbelung" nennt sie es, wenn den Kapitalisten 2,2 Milliarden Gelder geschenkt werden. „Ankurbeln" nennen sie einen Lohn- und Gehaltsabzug von 20 Prozent, die Zerschlagung der Tarife, die Ermächtigung der Regierung, die gesamten sozialen Einrichtungen zu reorganisieren und zu verbilligen. Die Börse tanzt, die Börse fiebert. Die Börsenblätter melden stürmische Haussebewegung.

Die Regierung konnte diesen Vorstoß nur wagen, weil sie der Partei der Goebbels und Hitler sicher ist. Die Regierung Papen-Schleicher schleudert ihren Kampfruf in die Betriebe und Stempelstellen, der Erwartung gewiß, daß die SPD.- und ADGB.-Bürokratie, wie am 20. Juli, den Kampf der empörten Massen erdrosseln wird.

Arbeiter ganz Deutschlands! Am 15. dieses Monats soll es schon losgehen. Am 15. wird euch der Kapitalist erklären und am Schwarzen Brett mitteilen, daß sein Betrieb „notleidet" und eine Tarifunterbietung erforderlich ist. Ab 15. wird man euch, Erwerbslose, vermitteln zur „Arbeitsbeschaffung", damit der Unternehmer seine 400 Mark pro Kopf erhält und ihr eure Anweisung auf einen Hungerlohn.

Wir Kommunisten haben die sofortige Einberufung des Reichstags gefordert. Nazi-Göring als Reichstagspräsident ist bevollmächtigt, ihn einzuberufen. Wir fordern: Fort mit allen Notverordnungen! Wir sagen den Krieg an dieser Regierung, die den Tarifvertrag zerreißt, die letzten Ueberbleibsel der 1918 erkämpften Sozialversicherung zerschlägt.

Aber nicht im Reichstag wird die Klassenschlacht zwischen oben und unten, zwischen den Reichen und Armen ausgefochten. Der Kampfboden ist der Betrieb. Der Kampfboden ist eure Stempelstelle. Der Kampfboden ist die Gewerkschaft.

Antifaschisten, auf die Posten! In den Betrieben, in allen Abteilungen tretet zusammen! Berater gemeinsam mit den Erwerbslosen! Erzwingt sofortige gemeinsame Beratungen der kampfgewillten Gewerkschafter, gleich welcher Organisationszugehörigkeit!

Die bankrotte Kapitalistenklasse holt zu einem beispiellosen Schlag gegen das arbeitende Volk aus. Sie muß wissen und erfahren, daß die proletarische Einheitsfront in der Antifaschistischen Aktion mächtiger ist als die Parade der Industriekönige und Junker. Sticht auch ihre beste Karte, die Sabotage des Kampfes durch die ADGB.-Bürokratie. Die nächsten Tage und Wochen müssen der ganzen Welt zeigen, daß die deutsche Arbeiterklasse kein Paria ist und zu werten weiß, was die jahrzehntelange Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung mit Blut, Not und Opfern erstritten hat.

Betriebsproteste gegen Papen-Programm

Schon vor dem Erscheinen der neuen Papen-Notverordnung hat das angekündigte Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung tiefgehende Erregung in allen Berliner Betrieben ausgelöst. Eine Reihe von Betrieben faßt bereits Protestbeschlüsse gegen das neue Papen-Programm gefaßt.

So beschloß eine Betriebsversammlung von Nordkabel den schärfsten Protest gegen das Papen-Programm und wählte einen betrieblichen Einheitsausschuß aus Kollegen ohne Ansehen ihrer Organisationszugehörigkeit. Bezeichnenderweise enthielten sich die Nazis bei der Abstimmung über diese Resolution der Stimme und zeigten damit, daß sie getreue Papen-Knechte sind.

Weitere Protestentschließungen wurden gefaßt auf einer Betriebsversammlung der Betriebe Friedrichshagen, Döring, Heinbucher und Sum-Bergaser, Deutsche Chrystallate und von einer Betriebsarbeiterkonferenz des Deutschen Industrieverbandes Berlin-Brandenburg.

Weihrauch und Wirklichkeit

Hinter den Kulissen des Katholikentages

Seit vielen Jahrzehnten begehen die Katholiken in Deutschland alljährlich ihren Katholikentag. Die Harmonie aber, die sonst über diesen Tagungen waltete, wurde dieses Jahr durch schrille Mißtöne unterbrochen. Hinter den Kulissen des Katholikentages kam es in den Sitzungen wichtigster Ausschüsse zu heftigen Zusammenstößen. So erhoben in der internen Sitzung der Arbeitsgemeinschaft IX, die von Papens Vertrauensmann, Chefredakteur Ritter, geleitet wurde, kleinbürgerliche Vertreter heftigen Widerspruch gegen die Nazipolitik des Zentrums. Sie wurden aber von den Bachem, Glasebock, Bell, Freiherrn von Lüninck usw. niedergebügt, die eine Demonstration für die Koalition mit den Nazis veranstalteten und durch den Referenten Glasebock nicht mehr und nicht weniger forderten, als „den Kommunisten die staatsbürgerlichen Rechte zu entziehen". Schließlich spitzten sich die Beratungen dieses Staatsbürgerausschusses auf die Notwendigkeit zu, „auf die allergefährlichste Ideologie des Kommunismus viel mehr einzugehen als bisher" (Reinermann, Leiter der Gesellenvereine).

Diese Kommunistenhetze war nur die andere Seite des engen Zusammenspiels der Führer des Katholikentages mit Papen und Bracht hinter den Kulissen. Ja, es handelt sich um ein regelrechtes Zusammenspiel. Die kommunistische Ruhrpresse hat darüber einige Enthüllungen gebracht, die ihren Weg auch in die bürgerliche Presse gefunden haben. Es gab in dem erwähnten Ausschuß eine harte Kontroverse, über die „strengstes Stillschweigen" erbeten wurde. Um so mehr Grund für uns, erst recht darüber Bericht zu erstatten. Der deutschnationale Freiherr von Lüninck sagte in seiner Rede:

„Ich teile die politischen Absichten Papens nicht, finde es aber grotesk, daß die Führer des Katholikentages ihn gebeten haben, nicht zu kommen. (Zwischenruf: „Stimmt nicht!") Er muß kommen dürfen. (Allgemeine Erregung.)

Schippenköter: Er erklärte auf Grund seiner Tätigkeit als Mitglied des Zentralkomitees, daß sie mit dem Kommen Papens gerechnet hätten; daß er nicht kommt, wäre sein freier Entschluß gewesen. Er steht aber nicht an, zu erklären, daß ihnen das nicht unrecht gewesen wäre, da das Volk sonst aufgeführt worden wäre."

Hier bestätigt das Zentralkomitee des Katholikentages, daß es nichts gegen Papen und seine Regierungspraxis einzuwenden hat, über die das arbeitende Volk in den schärfsten Worten urteilt, und daß der Kanzler nur darum nicht auf dem Katholikentag erschienen ist, weil die Uebereinstimmung der Zentrumsführer mit dem Reichskanzler der faschistischen Diktatur allzu offenkundig geworden wäre und weiteste Arbeiterschichten des Zentrums abgestoßen hätte.

Wir gehen auf diese Dinge darum mit solcher Ausführlichkeit ein, weil sie den schlagenden Beweis dafür erbringen, daß dieser Katholikentag nicht einfach eine bloß religiöse Veranstaltung ist, sondern seine wahre Bedeutung in den faschistischen Geheimverhandlungen der katholischen Großkapitalisten, Fürsten und Staatsmänner liegt.

★

„Christus in der Großstadt." Unter dieser Devise stand der diesjährige Katholikentag, der nicht ohne Absicht in die Hauptstadt des Kohlenpotts, nach Essen, verlegt wurde. Das Zentrum fühlt die Arbeiterschaft sich entgleiten; es sieht, wie in ganz Deutschland, vor allem im Ruhrrevier, die Führung des Proletariats an die Kommunistische Partei übergeht. Und die Partei Brünings, die Organisationen der katholischen Kirche antworten darauf mit einer verstärkten Offensive des Katholizismus in den Großstädten und vor allem unter der Arbeiterschaft.

Man konnte während des Katholikentages in der Zentrumspresse hübsche Sprüche über die Bedeutung der Losung „Christus in der Großstadt" lesen; es wurden da soziale Töne angeschlagen, die eine grelle Disharmonie zu der antisozialen Praxis der katholischen Führer aller Parteien bilden. Bracht, der auf dem Katholikentag freundlich begrüßt, sprechen durfte, und Papen, der von der Leitung des Katholikentages telegraphisch „lebhaft begrüßt" wurde, — diese Papen und Bracht gehen mit den Reichen gegen die Armen. Sie senken uns und euch christlichen Arbeitern den Lohn, und sie überschütten die „christlichen" und nichtchristlichen Kapitalisten mit Geldgeschenken aller Art.

Es ist eine eminent wichtige Aufgabe, der sich unsere Organisationen und Parteiblätter in den katholischen Gebieten mit unermüdlicher Sorgfalt widmen müssen, die katholischen Arbeiter auf den schreienden Widerspruch aufmerksam zu machen, in dem die religiösen Worte der Zentrumsführer zu ihren Taten stehen, ein Widerspruch, den die christlichen Arbeiter immer wieder in den gemeinsamen Verhandlungen ihrer Führer mit denselben Nazis feststellen können, gegen die noch vor acht Wochen die Brüning und Imbusch aufgerufen haben.

In der germanischen Sage heißt es, daß die Wunden des Toten wieder aufbrachen, wenn der Mörder an seine Bahre trat. Wahrlich, die Wunden der vielen christlichen Arbeiter, die in Rheinland-Westfalen und Schlesien unter den Dolchen und Kugeln der Nazis zusammenbrachen, müßten wieder aufbrechen jetzt, wo die Straßer und Göring, die Hitler und Goebbels, die Todfeinde jedes christlichen Arbeiters, heute als Verbündete an der Seite der Zentrums-Führer stehen.

Der religiöse Glanz soll die christlichen Arbeiter ablenken, der Weihrauch ihren wachen Sinn betäuben. Sie sollen nicht darüber nachdenken, daß ihre eigenen Führer mit den schlimmsten Großkapitalisten zusammengehen und sich täglich mit den Mordsöldnern des Herrn Thyssen treffen, ja, daß die Katholiken Brüning, Papen und Bracht die Meister der Notverordnungen sind; jener Notverordnungen, die den Arbeitern, gleich ob sie religiös gebunden sind oder nicht, im selben Maße Not und Leid bringen, wie sie die Millionäre mit neuen Liebesgaben überhäufen.

Es ist kein Zufall, daß es gerade die Notverordnungs-Praktiker sind, die die christlichen Arbeiter am meisten gegen den Kommunismus verhetzen wollen. Sie schimpfen über unsere „Gottlosigkeit", aber sie meinen unseren Kampf für den Sozialismus. Wenn die christlichen Arbeiter uns fragen: Wie haltet ihr es mit der Religion? so antworten wir ihnen, daß wir es mit Lenin halten, der da sagte:

„Wir müssen alle Arbeiter, die den Glauben an Gott noch bewahrt haben, mit verdoppelter Energie noch heranziehen; wir sind unbedingt gegen die geringste Verletzung ihrer religiösen Ueberzeugung." (Lenin, „Ueber Religion", Seite 31.)

Auch wenn die christlichen Arbeiter an den Dogmen ihrer Kirche noch festhalten — wenn sie nur ihren Mann stehen im Kampf gegen den lohnabbauwütigen Unternehmer, wenn sie nur den Nacken steif halten gegen die Hakenkreuz-Banden! Das alltägliche Leben und die bitteren Erfahrungen des christlichen Kumpels und der katholischen Textilarbeiterin reden auf die Dauer eine stärkere, eindringlichere Sprach, als die Priester von den Kanzeln. Schließlich kann keine Predigt die christlichen Arbeiter mehr über den Klassengegensatz hinwegtäuschen, und der himmlische Segen, der ihnen erteilt wird, hilft nicht gegen die irdische Not, die von katholischen Führern gesteigert wird.

★

Es sind nicht etwa die katholischen Kleriker, Verbands- und Parteibonzen allein, die mit so großem Nachdruck „Christus in die Großstadt" bringen, in die politische Sprache übersetzt: die Arbeiterschaft bei dem Glauben zu erhalten suchen, daß, wie Herr Bracht auf dem Katholikentag sagte „die Obrigkeit von Gott", also unangreifbar sei. Sie sind nur eine Gruppe in dem großen Wettrennen, das wieder um die Arbeiterschaft eingesetzt hat.

Sagen die Zentrumsführer „Christus", so ruft Seldte am 2. September im Berliner Sportpalast: „Unser nationaler Geist gehört jetzt in Deutschlands Hauptstadt. Wir und unsere Art werden jetzt in Berlin bleiben." Der Stahlhelmgeist soll Berlin, das heißt vor allem die Betriebe, erobern.

Auch die Hitlerpartei, die am 31. Juli bei der Arbeiterschaft eine Abfuhr erlitten hat, schiebt ihre Betriebskampagne wieder in den Vordergrund. Die nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen werden galvanisiert, Pg. Engel fordert im „Völkischen Beobachter" und „Angriff" eine Notverordnung gegen — Lohnabbau? Nein! Sondern „gegen Betriebsterror"! Gegen den Betriebsterror der Unternehmer? Keineswegs! Gegen den „Betriebsterror" der Marxisten!

So wollen sie im Dienst der Unternehmer ihre Macht in den Betrieben befestigen; im Dienst der Unternehmer, denn ausdrücklich versicherte der Reichstagsabgeordnete Schuhmann am vergangenen Freitag vor den Nazi-Betriebszellenfunktionären: „Wir Nationalsozialisten werden nicht versäumen, den Gedanken des Klassenkampfes mit Stumpf und Stiel auszurotten." Das ist es ja, was die Unternehmer wollen.

In dem gemischten Chor derer, die mit solchen Versprechungen und Sirenengesängen die Arbeiterschaft der Betriebe ködern wollen, darf die Sozialdemokratie natürlich nicht fehlen. Ihre demagogischen Sozialisierungsanträge zielen gerade auf die Wirkung bei den Fabrikbelegschaften ab. Aber die Arbeiter werden die SPD- und Gewerkschaftsführer mit Recht fragen, warum sie nicht sozialisiert haben. Da haben sie diejenigen, die um den Sozialismus kämpften, niederknüppelt und in die Kerker geworfen, und heute noch leisten sie Papen durch Verweigerung jeder außerparlamentarischen Aktion treffliche Dienste.

Daß die politischen Gauner von den SPD- und Zentrumsführern bis zum Stahlhelm und den Nazis ihre besonders große Sympathie für die Betriebsarbeiter plötzlich und mit so großer Betonung entdecken, hat seinen tiefen Sinn. In der jetzigen wirtschaftlich und politisch zugespitzten Situation, wo den Betriebsarbeitern ein entsetzlicher Lohnabbau zugemutet werden soll, muß die Bourgeoisie darauf bedacht sein, die Massen in den Betrieben ideologisch an der Kandare zu halten.

Niemand weiß es besser als die Führer der Bourgeoisie, daß die Erhaltung des kapitalistischen Systems davon abhängig ist, daß die Belegschaften Ruhe halten und wortlos alles tragen, was ihnen von oben aufgepackt wird.

Darum die konzentrische Offensive auf die „Großstadt".

Darum wird der christlich-nationale Geist bemüht, die Arbeiterschaft zu infizieren.

Darum aber auch ist die Verwirklichung der Parole Antifaschistische Aktion hinein in die Betriebe gerade jetzt von entscheidender Bedeutung.

Die Betriebe haben die russische Revolution zum Siege geführt. Die Betriebe werden bei den kommenden Auseinandersetzungen auch in Deutschland das entscheidende Wort sprechen. Der revolutionäre Marxismus wird im Kampf gegen Nazis und Stahlhelm, gegen Zentrum und SPD die Köpfe immer neuer Arbeitermassen, er wird die Betriebe erobern.

Er hat die Kraft und Macht dazu.

Hindenburgs Notverordnung!

So sieht die „Ankurbelung der Wirtschaft" aus!

Durch die Notverordnung vom 4. September werden folgende Maßnahmen in Kraft gesetzt:

1. Durchlöcherung des Tarifsystems durch automatische Senkung der Tariflöhne bei „Neueinstellungen" und bei sogenannten „notleidenden" Betrieben.

2. Einführung einer Beschäftigungsprämie an die Unternehmer von 400 Mark für jeden neu eingestellten Arbeiter. Insgesamt sind 700 Millionen Mark für diesen Zweck eingesetzt.

3. Steuergeschenke an die Kapitalisten im Gesamtbetrage von 1522 Millionen Mark durch Ausgabe von Steuergutscheinen.

4. Radikaler Abbau der gesamten Sozialfürsorge.

Der Schlag gegen das Tarifsystem

Im Wortlaut der Notverordnung wird beteuert, daß der Tarifvertrag „in seinen begrifflichen Merkmalen unberührt" bleibe. Damit sei aber eine gewisse Bewegungsfreiheit im räumlichen und beruflichen Geltungsbereich mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse und die besonderen Bedürfnisse eines Gewerbezweiges oder eines Betriebes vereinbar.

Wie das praktisch aussehen soll, geht aus folgenden Bestimmungen hervor:

Wenn der Unternehmer die Belegschaftsziffer gegenüber ihrem Stande vom 15. August oder gegenüber dem Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932 erhöht, ist er zur Unterschreitung der Tariflöhne berechtigt. Je größer die Vermehrung der Belegschaft ist, um so größer soll auch der Lohnabbau sein. Um einen Anreiz für die Verkürzung der Arbeitszeit zu schaffen, soll der Abbau auf die Löhne von der 31. bis zur 40. Wochenarbeitsstunde beschränkt bleiben. Er kann dabei bis zur Hälfte der Löhne für die 30. bis 40. Stunde betragen.

Die Verordnung gibt dem Unternehmer das Recht, den Lohnabbau ohne Aenderung des Arbeitsvertrages durchzuführen. Ein Aushang im Betrieb soll genügen, um den Abbau von der nächsten Lohnwoche an in Kraft treten zu lassen. In der Notverordnung wird ohne weiteres die Möglichkeit zugestanden, daß für die Unternehmer allen möglichen Schiebungen Tor und Tür geöffnet sind. Es heißt wörtlich: „Wenn auch nach dem großen Geltungsbereich der Maßnahme einer dauernden Ueberwachung aller Betriebe kaum möglich sein wird, darf doch angenommen werden, daß die beteiligten Kreise schon von sich aus auf etwaige Mißbräuche aufmerksam machen."

Ueber den Lohnabbau hinaus, der bei Vermehrung der Belegschaften automatisch eintritt, sind die Schlichter ermächtigt, in Fällen, in denen die Weiterführung oder Wiedereröffnung von Betrieben, bei Bezahlung von Tariflöhnen, gefährdet ist, Abschläge vom Tarif zuzulassen. Notlage bei einer großen Anzahl von Betrieben soll, so heißt es in der Notverordnung, durch Aenderung des Tarifvertrages selbst, als durch generelle Herabsetzung der Löhne berücksichtigt werden. Die Unterschreitung der Tariflöhne ist zulässig bis 20 Prozent. Die Verordnung tritt am 15. September 1932 in Kraft.

700 Millionen Mark für Einstellungsprämien

Die Beschäftigungsprämien sollen nach dem Wortlaut der Notverordnung einen „starken Antrieb auf die weitgehendste Einführung der Kurzarbeit" geben, und die öffentlichen Haushalte durch Verringerung der Unterstützungskosten entlasten. Ein Unternehmer, der in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 im Durchschnitt eines Kalendervierteljahres mehr Arbeiter beschäftigt, als im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932, erhält für jeden Arbeiter über die frühere Belegschaftsziffer hinaus eine Prämie von 100 Mark vierteljährlich. Diese Prämie gelangt durch Ausstellung eines Steuergutscheines mit dem entsprechenden Betrag zur Auszahlung. Die Regierung rechnet selbst mit der Wahrscheinlichkeit, daß Neueinstellungen durch alle möglichen Manipulationen fingiert werden. Aber, so heißt es in der Notverordnung wörtlich: „Um des Zweckes willen und im Vertrauen auf den Erfolg der Maßnahmen, glaubt die Reichsregierung die Gefahr des Mißbrauchs in Kauf nehmen zu sollen."

Die Steuergeschenke an die Bourgeoisie

Von den Umsatzsteuern, Gewerbesteuern und Grundsteuern, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1933 fällig werden, gelangen 40 Prozent in Gestalt von Steuergutscheinen sofort zur Rückzahlung, während die Beförderungssteuern restlos zurückerstattet werden. Der Gesamtbetrag der auszugebenden Steuergutscheine wird vorläufig auf 1522 Millionen Mark beziffert, eine wesentlich Ueberschreitung dieser Summe wird jedoch schon heute als wahrscheinlich angenommen.

Der Gesamtbetrag setzt sich nach dem Voranschlag wie folgt zusammen:

1. Umsatzsteuer . . .	1500 Mill. Mark	
	davon 40 Prozent =	600 Mill. Mark
2. Grundsteuer . . .	1280 Mill. Mark	
	davon 40 Prozent =	512 Mill. Mark
3. Beförderungssteuer in voller Höhe . .		170 Mill. Mark
		1522 Mill. Mark

Wer in der oben angegebenen Zeit 1000 Mark Umsatzsteuer, 200 Mark Gundsteuer und 400 Mark Gewerbesteuer zahlt, bekommt für 640 Mark Steuergutscheine. Diese Scheine lauten auf den Inhaber und werden in Beträgen von 50, 100, 200, 1000, 10 000 und 20 000 Mark ausgegeben.

Die Steuergutscheine können von 1934 ab in Höhe von je einem Fünftel für alle Reichssteuern, also für Besitz und Verkehrssteuern, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Kapitalsverkehrssteuer, Wechselsteuer, aber auch für die Zölle und für die Verbrauchssteuern, für Tabak-, Zucker-, Salz-, Bier- und Branntweinsteuer in Zahlung gegeben werden. Die Steuergutscheine werden mit einem Agio (Aufgeld) von 4 Prozent jährlich versehen und sind an jeder Börse zum Handel zugelassen. Anschaffungsgeschäfte von Steuergutscheinen sind sogar börsensteuerumsatzfrei. Ferner sollen die Scheine als Kreditunterlagen dienen können. Wie niedrig aber selbst die Reichsregierung das Vertrauen einschätzt, das die Kapitalisten diesen Scheinen als Zahlungsmittel voraussichtlich entgegenbringen werden, geht schon daraus hervor, daß sich die Regierung vorbehält, erforderlichenfalls allgemein oder für Gruppen einen „Verwendungszwang" vorzusehen, „um ein wahlloses Werfen von Steuergutscheinen auf den Markt zu verhindern".

Die kleineren Steuerzahler werden insofern benachteiligt, als Steuergutscheine für 10 und 20 Mark nicht sofort, sondern erst nach dem September 1933 zur Ausgabe gelangen.

Der Abbau der Sozialfürsorge

wird durch folgende Sätze der Notverordnung angekündigt:

„Die Regierung wird beauftragt, in Hinblick auf die gegenwärtige Not des deutschen Volkes zur Erhaltung der sozialen Fürsorge und zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen die sozialen Einrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen. Die Reichsregierung wird zu diesem Zweck ermächtigt, auf bestimmten Gebieten das soziale Recht in seinen Formen und Grenzen so zu gestalten, wie der wirtschaftliche Notstand und das soziale Bedürfnis, wie das Gebot der Einfachheit und Sparsamkeit es erfordert."

„Auch die Arbeitslosenhilfe kann einfacher geregelt werden. Jedenfalls scheint die Dreiteilung der Unterstützung keine durch die Natur der Dinge auferlegte Notwendigkeit zu sein."

Hier wird offen ausgesprochen, daß schon in allerkürzester Zeit eine neue Senkung sowohl der Erwerbslosenunterstützungssätze, als auch aller übrigen Unterstützungen vorgenommen werden soll.

Nazi-Feuerüberfall in der Buttmannstraße

Unter den Werktätigen auf dem Gesundbrunnen herrscht große Erregung. Gestern abend eröffneten die Nazis hier in der Buttmannstraße 2 im Lokal Dehne eine neue SA.-Kaserne. Als die Arbeiter daraufhin sich auf der Straße sammelten und protestierten, eröffneten die Nazis aus der Kneipe ein wildes Pistolenfeuer. Sie stürmten auf die Straße und versuchten, gegen die Menschenmenge vorzugehen. Bei der Knallerei verletzten sie zwei ihrer eigenen Leute.

Mehrere Augenzeugen berichten, daß einer der verwundeten Nazis selber geschossen hat. Die braunen Banditen mußten sich aber wieder in ihren Schlupfwinkel zurückziehen. Später stürmten sie erneut auf die Straße und bedrohten wiederum die Bewohner

Nach einer halben Stunde erschien Polizei, die auf energischen Protest der Bewohner die SA.-Kneipe aushob, sämtliche Nazis, aber auch drei Arbeiter verhaftete.

Bewag der Würger

Ungeheure Ausbeutung der Elektrizitätsarbeiter

(Arbeiterkorrespondenz)

Sylt, so weit sind wir gekommen!

Manch einer von der Arbeiterwohlfahrt, ausgerüstet mit Handtuch und einer Freibadekarte, um sich im Flußbad Lichtenberg Abkühlung zu suchen, wird schon in der Hauptstraße zu Lichtenberg die in schwarzgrauen Anzügen steckenden ausgetrockneten Gestalten gesehen haben mit ihren unterm Arm, Jackett oder Aktentasche, in „Morgenpost", „Volkszeitung" oder zum größten Teil im „Vorwärts" eingewickelten, mit Notverordnungen belegten Margarinestullen. Es sind die Arbeiter des einstmals wichtigen Betriebs Großkraftwerk Klingenberg. Ja, ja, das ist der ehemalige Schreck der kapitalistischen Profitwirtschaft gewesen.

Es ist bereits elf Jahre her, als man ihren ehrlich kämpfenden Führer Wilhelm Sylt im Polizeipräsidium zu Berlin ermordete. Kollege Sylt, jetzt müßtest du sehen, was man aus deinen Kollegen aus den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken sowie der Straßenbahn unter dem Regime deiner Nachfolger gedrückt hat und weiter drücken wird. Alles wurde auseinandergerissen. Der ehemalige Stoßtrupp der Berliner Arbeiter mit ihrem Führer Otto Eichner aus Waldenburg bildet nicht mehr den Schrecken der Kapitalisten, sondern unter dem Einfluß der Sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften die besten Freunde der Kapitalisten.

Demokratie . . .

Als nach der Inflation die Scheinkonjunktur einsetzte, erhöhte sich automatisch auch der Bedarf an Elektrizität. Die damaligen Werke waren nicht mehr imstande, den Bedarf zu decken. So sah sich die Direktion der Elektrizitätswerke gezwungen, neue Stromerzeugungsanlagen zu errichten. Im Zeitraum von 16 Monaten wurde auf dem vormals Rummelsburger Spargelfeld unweit vom Ochsenkopf, wie der Berliner das Arbeitshaus bezeichnet, neben der Aniline, heute Aceta, das Großkraftwerk Klingenberg nach amerikanischem Muster aus dem Boden gestampft, ungeachtet der vielen Unfälle, die sich ereigneten. Die Krankenhäuser Hubertus, Auguste Viktoria sowie Friedrichshain können davon berichten. Das Werk selbst wurde auch nach dem Schema der vielgepriesenen und von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verfochtenen Demokratie ausgerüstet.

Mensch oder Maschine?

Die Kohle kommt in den Großraumgüterwagen an, wird gemahlen und als Staub verbrannt. Alle, die Möglichkeit hatten, das Werk zu besuchen, waren über die bis ins kleinste durchgearbeiteten technischen Einrichtungen erstaunt. In Klingenberg hat man, was viele noch nicht wissen, den demokratischen Gedanken schon im Fundament mit eingestampft und von dort aus zur vollen Entwicklung gebracht. Demokratie heißt Gleichberechtigung, aber nicht zwischen Unternehmer und Arbeiter, sondern zwischen Arbeiter und Maschine.

Tempo, Tempo ist die Losung, wer nicht durchhält, ist krank, kranke Leute werden entlassen. Maschinen dürfen nie kaputt gehen. Geht mal ein Lager von einer Maschine entzwei, so hat der Maschinist nicht aufgepaßt oder schlecht geschmiert. So lautet in 99 von 100 Fällen das Urteil. Oel und Fett sollen wahrscheinlich die Maschinen hundert Jahre alt werden lassen. Niemals wird der Mensch gefragt, ob er auch die Arbeit bewältigen kann. Wahrscheinlich übersieht man die Ueberlastung des einzelnen an Maschinen und Kesseln. Hier wird der Arbeiter nicht durch Vorgesetzte angetrieben, das besorgt schon die Maschine.

Die Bewag-Hölle

Der Kohlenzug wird nach Zeit ausgeladen. Die Staubentwicklung ist an manchen Tagen derartig, daß man die Waggons, die gewiß nicht klein sind (50 bis 100 Tonnen Inhalt),

Die Gashölle

nicht sieht. Die Kollegen, die dabei beschäftigt werden, tragen den Staub bis nach Geschäftsschluß spazieren. Reinigen während der Arbeitszeit ist teuer, daher nicht erlaubt. Der Kohlenstaub läßt sich nicht nur auf geweißte Wände nieder, sogar bis in die Garderobenräume kommt er. Ob vielleicht davon die blassen Gesichter der Belegschaft kommen?

Noch schöner ist es im Kesselhaus. Den Fußboden bilden Tezettrosten. Man kann von der Kesseldecke bis zum Schlackenkeller sehen. Im Winter weiß keiner vor Zugluft wohin. Im Sommer schlappt der Anzug die ausgedörrte Haut nach Hause. 45 bis 50 Grad Wärme ist keine Seltenheit. Gefrühstückt wird am Arbeitsplatz. Wer sich mit dem Essen nicht beeilt, dem werden die Margarinestullen in der Hand trocken. Ablösung dazu kann nicht erfolgen, weil es an Personal mangelt. Wer austreten muß, soll sich rechtzeitig melden, denn es dauert schon ein Weilchen, bis eine Ablösung kommt. Weiß gar nicht, wozu der Kollege noch Hosen trägt, wenn sie ihm dazu noch zu schade sind; so geht es fast überall. Die Schlosser können über Langeweile nicht klagen. Haben sie ein Arbeitsstück vor, so ist der Meister schon da und gibt weitere Aufträge.

Ruhig und geduldig haben die Kollegen ihr Los getragen. Jetzt ist die Bombe geplatzt. Am 18. August kam das Rundschreiben der Direktion, das besagt: ab 1. Oktober: 40-Stunden-Woche. Im Januar Lohnabbau, am 15. Juni Lohnabbau, am 1. Oktober wieder Lohnabbau. Gegen die Verkürzung der Arbeitszeit hat niemand etwas einzuwenden, wenn nicht auch der Lohn dadurch gesenkt würde. **Im Januar erzählte uns der Gewerkschaftsvertreter: „Wir wollen im Frühjahr zum Kampf rüsten gegen jeden weiteren Lohnabbau". Wo bleiben die versprochenen Kampfmaßnahmen?**

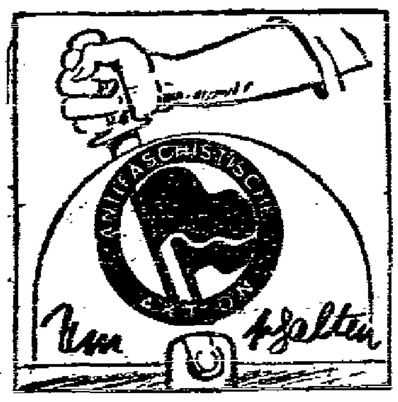
Warum Antifaschistische Aktion?

Kollegen von Klingenberg? Papens Wirtschaftsprogramm bedeutet weitere katastrophale Verschlechterung unserer Lebenslage. Man muß sich einmal entschließen! Erinnert euch an den 20. Juli! Die Einheitsfront war in den Elektrizitätswerken und in Klingenberg an diesem Tag fast vollständig und wurde trotzdem zerstört. Diese vollständige Einheitsfront müssen wir unter allen Umständen schaffen, weil der weiße Terror des Mordfaschismus gleichbedeutend ist mit der weiteren Verschlechterung unserer Löhne und gesamten Lebenslage. Das ist der Sinn der Antifaschistischen Aktion, und in diesem Sinne müssen wir zusammen kämpfen gegen Notverordnungen, faschistische Diktatur und gegen jede Verschlechterung unserer Löhne und Arbeitsbedingungen.

Bespitzeln statt Einheitsfront

Was sagen die ehrlichen SPD.-Arbeiter dazu? — Wir reichen die Bruderhand

(Arbeiterkorrespondenz)



Werte Kollegen im Kraftwerk Charlottenburg! Alle unsere Bemühungen, zu einer ehrlichen Einheitsfront zu kommen, haben bisher nicht zu einem Erfolg geführt. Gerade bei uns hatten wir doch einen recht guten Anschauungsunterricht dafür, was man erreichen kann, wenn man geschlossen z. B. gegen Nazis auftritt. **Erinnert euch an den Fall des Buchhalters Hartnagel, wo das entschlossene Auftreten der Gesamtbelegschaft diesem Nazi das Handwerk gelegt hat.**

Es gibt auch bei uns noch mehr Nazis, denen wir auf die Finger sehen müssen, aber es gibt vor allen Dingen auch andere Ereignisse, die uns alle gemeinsam stark interessieren und angehen, und die uns alle zum gemeinsamen Vorgehen bringen müssen. Z. B. hat uns die Direktion am 18. die Entlassungen angekündigt unter der Maßgabe der Einführung der 40- bzw. der 45-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich. **Kollegen, wir wissen doch einer von dem anderen, daß wir noch weiteren Lohnabbau nicht mehr ertragen können, daß es jetzt schon eine Existenzfrage für uns ist, ob wir noch weitere rund 4 Mark in der Woche weniger haben oder nicht und aus diesem Grunde hatten beherzte oppositionelle Kollegen des Betriebes, weil der Betriebsrat nichts in der Richtung unternommen hatte, sofort einen Aussprachetag angesetzt, auf dem wir uns darüber unterhalten wollten, was wir jetzt tun müssen.**

Nun, Kollegen SPD.-Arbeiter, wir sind der Meinung, daß diese ungeheuerliche Verschlechterung der Lebenslage auch euch angeht und wir müssen zusammen dagegen kämpfen. **Aber wir fragen euch: Was sagt ihr dazu, daß einige besonders eifrige Funktionäre von euch gegenüber unserem Versammlungslokal sich aufgestellt haben, um ganz genau zu beobachten, wer alles zu dieser Diskussion geht.**

Als die SPD. noch vor einigen zehn Jahren die Kampforganisation gegen die Bourgeoisie und Unternehmer war, da schickten die Unternehmer ihre Spitzel in unsere Versammlungen. Ist es nicht beschämend, daß heute SPD.-Funktionäre ihre eigenen Kollegen bespitzeln, die darüber beraten, wie die letzten Maßnahmen der Direktion gegen die Arbeiter abgewehrt werden können? **Wir sind der festesten Ueberzeugung, daß ihr diesen unwürdigen Bruderkampf nicht billigt und eine ehrliche kämpfende Einheitsfront zustande kommt, zustande kommen muß.**

Mit dem Wirtschaftsprogramm von Papen sind die ungeheuren Gefahren, die der Arbeiterschaft drohen, akut geworden. Kollegen, die zwölfte Stunde schlägt. Wir reichen euch die Bruderhand gegen den Faschismus und Lohnraub zum gemeinsamen Kampf für gemeinsame Interessen! Schlagt ein!

Was ist zu tun, Bewagarbeiter?

Fordert die 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich — Man will die Belegschaft spalten

(Arbeiterkorrespondenz)

Bewag-Kollegen! Unsere Arbeiterfunktionäre sind zusammengekommen. Sie haben zur Kenntnis nehmen dürfen, was die Direktion mit uns vor hat. Es ist folgendes: Um uns die Vierzig-Stunden-Woche schmackhaft zu machen, macht man wieder derselben Dreh wie bei der Einführung der 44-Stunden-Woche. Wißt ihr noch? **Durch die Einführung der 44-Stunden-Woche sollten Entlassungen verhindert werden, es sollten sogar Erwerbslose eingestellt werden. Und was hat sich inzwischen ereignet? Wir arbeiten 44 Stunden ohne Lohnausgleich und trotzdem wurden im Laufe dieser Zeit viele Kollegen entlassen und zwangspensioniert.**

Jetzt sollen wir wieder so beruhigt werden. Trotzdem ist es nach Meinung der Direktion und des Betriebsrates **doch nötig, von den vorgesehenen 330 Entlassungen immerhin — trotz 40-Stunden-Woche — noch 130 Kollegen zu entlassen. Auf unsere Kosten wollen sie Lohnsummensteuer sparen, damit sie keinen einzigen Pfennig an ihren hohen Dividenden einbüßen.**

Und wieder gibt es hierbei ein „kleineres Uebel". Die Direktion droht mit dem Finger: Schluckt die 40-Stunden-Woche und ihr bekommt dafür denselben Stundenlohn bis Frühjahr 1933. Glaubt ihr daran? Nein? Wir auch nicht, wir sind schon zu oft angeführt worden. **Aber die Kollegen Eichner und Konsorten glauben es, denn sie schreiben im „Abend" vom 22. August nichts von der Organisierung des Kampfes, sondern: „Wenn die Direktion glaubt, ihre Absichten weiter verfolgen zu müssen, wird die Belegschaft gegebenenfalls dazu Stellung nehmen".**

Kollegen! Das ist die Basis, auf der jetzt in geschlossenen Räumen „verhandelt" werden soll. Die Betriebsräte sind der Ansicht, daß vor dem Bekanntsein des Verhandlungsergebnisses den Kollegen durch eine Vollversammlung nicht Gelegenheit gegeben zu werden braucht, daß sie ihre Meinung dazu sagen können. Wir sind überzeugt davon, daß keiner von uns mit dieser Methode, uns kaltzustellen, einverstanden ist.

Und was ist bei den Angestellten los? **Sie wurden alle gekündigt und sollen ab 1. Oktober weiter arbeiten unter der Bedingung, daß sie mit der 45-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich einverstanden sind.**

Am Dienstag wurde den Angestelltenfunktionären eine Beruhigungspille gegeben: Die Direktion wird voraussichtlich die Forderungen der Angestelltenräte und der Gewerkschaften bewilligen, nämlich bei den unteren Gruppen bis inklusive Gruppe 6, den Lohnabbau trotz der 45-Stunden-Woche nicht durchzuführen und bei den höheren Gruppen den entstehenden Gehaltsausfall zur Hälfte zu tragen, so daß auch die Angestellten in den Gruppen ab 7 nicht 6,66 Prozent durch die 45-Stunden-Woche weniger bekommen, sondern nur 3,33 Prozent. Dafür sollen keine Entlassungen vorgenommen werden und der Gehaltstarif um ein Jahr verlängert werden. Auf dieser Basis wird jetzt nun verhandelt.

Kollegen! Wir warnen vor Leichtgläubigkeit. Gleichzeitig müssen wir feststellen: Wenn die Direktion tatsächlich bei den Arbeitern den Abbau vollkommen durchführt (das wird sie tun, wenn wir von uns nichts dagegen unternehmen), daß wir als Belegschaft gespaltet werden sollen.

Wir fordern für uns alle die sofortige Einberufung von Abteilungsversammlungen und von einer großen Belegschaftsversammlung, auf der wir unsere für alle Arbeiter- und Angestelltenkollegen berechtigten Forderungen: **für 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich, gegen jede Entlassung, gegen jede Verschlechterung des Lohn- und Manteltarifs,** stellen können.

Freigewerkschafter! Nehmt sofort in sämtlichen Werken und Abteilungen gegen die Lohnraubpolitik der Gesamtverbandsbürokratie Ortmann, Orlop und Konsorten Stellung, die damit schon von vornherein das Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung durchführen. Kapituliert nicht vor diesen faschistischen Methoden, sondern kämpft geschlossen in der Antifaschistischen Aktion!

Setzt Sylks Traditionen fort!

Gashölle Tegel

(Arbeiterkorrespondenz)

Im Gaswerk Tegel waren in der Nachkriegszeit bei vollem Betrieb 1700 Mann beschäftigt. Jetzt, wo die Produktion dieses Werkes nur ganz unbedeutend geringer ist als vor wenigen Jahren und obwohl inzwischen keine nennenswerten technischen Verbesserungen getroffen wurden, genügen für diesen Betrieb knappe 500 Mann. Das bedeutet für den Uneingeweihten bestimmt ein Wunder. Für den aber, der weiß, was jahrzehntelange reformistische Erziehung bedeutet, der den Geist kennt, von dem sich die SPD.-Betriebsräte leiten lassen, ist es schon kein Wunder mehr. Kurz will ich hier erst einmal die Tatsachen anführen und dem Leser ein Bild von der zu verrichtenden Arbeit geben.

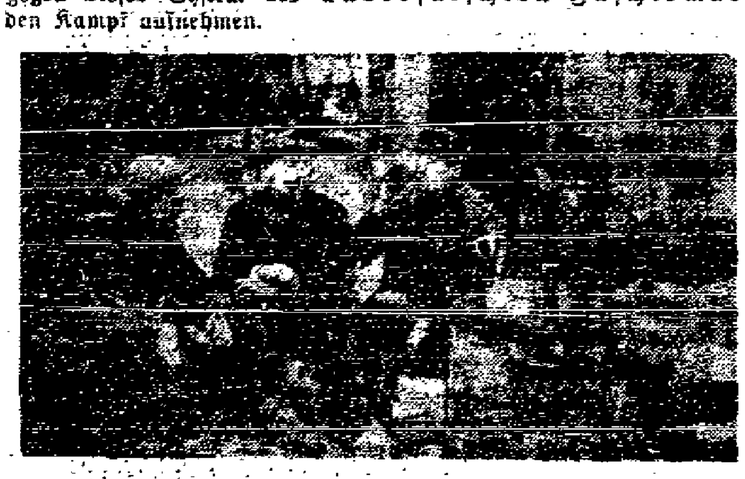
An den Kammeröfen, die beständig unter Glut stehen und dabei eine Hitze von 1200 bis 1300 Grad entwickeln, arbeiten oben die Füller. Diese müssen die Retorten in gewissen Zeitabständen mit Steinkohlen nachfüllen, die, wenn sie im Ofen vergast sind, von den Abziehern als glühender Koks unten herausgezogen werden. Aehnlich ist die Bedienung der Wassergasgeneratoren. Bis vor 1½ Jahren noch arbeiteten an diesen Wassergasgeneratoren, wie an den Kammeröfen, die Kollegen in drei Schichten. Die Arbeiter, die bis dahin an den Wassergasgeneratoren als Wasserschlacker, d. h. sie zogen die Schlackenrückstände, die sich bei der Wassergasgewinnung ergaben, aus den Generatoren, beschäftigt waren, sind restlos abgebaut. Und hier nun das große Wunder. Die Wassergeneratoren sind trotzdem in Betrieb! **Wie läßt sich das erklären? Einfacher jedenfalls, als man im ersten Augenblick anzunehmen geneigt ist. Die Kollegen, die bisher nur die Kammeröfen bedienten, machen jetzt die Arbeit an den Wassergeneratoren mit.**

Die achtstündige Schicht an den Kammeröfen war früher folgendermaßen geregelt. Der äußerst schweren und anstrengenden Arbeit entsprechend wurde immer eine Stunde gearbeitet und eine Stunde pausiert. Das geschah, um die Kollegen vor allzu schweren gesundheitlichen Schädigungen zu bewahren. Jetzt dagegen verzichten die Betriebsarbeiter auf die notwendige Pause und rennen noch im vollen Schweiß zu den Generatoren, um sie abzuschlacken. **Sie arbeiten also tatsächlich zwei Schichten, während ihre Kollegen auf der Stempelstelle liegen. Anstatt gegen den notverordneten Lohnabbau mit allen Mitteln zu kämpfen, suchen einige Kollegen vom Gaswerk Tegel ihn durch doppelte Schinderei wieder einzuholen. Und das bei 6 Millionen Erwerbslosen!**

Kollegen, ich frage euch: Haltet ihr diese unsolidarische nur dem Unternehmer nutzbringende Methode für einen Ausweg aus eurer wirtschaftlichen Not? Vor nichts seid ihr in Wirklichkeit geschützt. Denunziantentum, weitere Entlassungen, neue Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und noch größere Schinderei werden die notwendigen Folgen eures jetzigen Verhaltens sein, wenn ihr nicht in letzter Minute energisch kehrt macht und euch auf eure Klassenzugehörigkeit besinnt! Erkennt, wohin euch der Reformismus gebracht hat. Kommt heraus aus diesem Sumpf. Seite an Seite müßt ihr mit den revolutionären klassenbewußten Arbeitern jede Verschlechterung, jede Entlassung, jeden Lohnabbau zurückschlagen.

Diesen Kampf müßt ihr organisieren und aufnehmen, auch wenn unser SPD.-Betriebsrat Brunke mit den Dingen, so, wie sie bei uns sind, zufrieden ist. Es genügt nicht, wenn einzelne Kollegen ihm gelegentlich Vorwürfe deswegen machen.

Wir müssen geschlossen gegen diese Zustände den Kampf aufnehmen, über die Köpfe unserer Gewerkschaftsbürokraten hinweg die rote Einheitsfront schließen und in geschlossener Kampffront gegen dieses System des unverfälschten Faschismus den Kampf aufnehmen.



„Wie kämpft man gegen Lohnraub?"
„Mit Streik!"

Arbeiter der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke

Haltet sofort Werk- und Abteilungsversammlungen ab! Organisiert und verlangt Funktionär- und Gewerkschaftsversammlungen! Nehmt Stellung zum Papenschen Wirtschaftsprogramm und Notverordnung!

Der Gasarbeiter in Moskau

Erhöhung der Löhne – Verkürzung der Arbeit – 1 Monat Urlaub Voller Lohn bei Krankheit — Unentgeltliche Arbeitskleidung

(Arbeiterkorrespondenz)

Das Gaswerk in Moskau, das seit 1865 besteht und 1905 von der zaristischen Stadtverwaltung übernommen wurde, hat unter dem Moskauer Sowjet einen ungeheuren Aufstieg in der Produktion und in den Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter erfahren. **Nach dem offiziellen Bericht des Kommunalarbeiterverbandes stieg die Gasproduktion von 1921 bis 1930 von etwa 6 Millionen Kubikmeter auf rund 40 Millionen Kubikmeter und bis 1932 auf 75 Millionen Kubikmeter.**

Dabei hate die Gaserzeugung und -verwertung in der Sowjetunion nicht diese Entwicklung wie in Deutschland in der Vorkriegszeit. 1907 gab es in Moskau beispielsweise nur zehn Gasherde. Um kommunale Einrichtungen kümmerte sich der Zarismus am wenigsten. Während 1913 im Moskauer Gaswerk nur 630 Arbeiter beschäftigt waren, stieg die Zahl in folgender Weise: 1929: 891, 1930: 983, 1931: 1133 und 1932: 1203 Arbeitskräfte.

Geleitet wird das Gaswerk von einem Arbeiter, der Eisengießer war. Sein Stellvertreter ist ein Schlosser und technischer Leiter ist ein parteiloser Ingenieur.

Der Verdienst der Arbeiter nahm folgende Entwicklung: **1926 monatlich durchschnittlich 70 Rubel, 1930 monatlich durchschnittlich 104,62 Rubel, 1931 monatlich durchschnittlich 140 Rubel.**

Arbeitszeit ist regulär sieben Stunden täglich, bei gesundheitsschädlicher Arbeit sechs Stunden täglich in vier Schichten. Die Hälfte der Arbeiter haben die Sechsstundenschicht und erhalten noch täglich eine Flasche Milch.

Arbeitskleidung ist nach der Art der Beschäftigung verschieden. Ein Schlosser erhält einen Lederanzug in zwei Jahren, einen leichten Arbeitsanzug für ein Jahr, ein Paar Lederstiefel und eine Ledermütze in einem Jahr, ein Paar Filzstiefel in zwei Jahren und Gummischuhe in einem Jahr, einen gefütterten Mantel in drei Jahren. Die Arbeitskleidung ist völlig unentgeltlich.

Jeder Arbeiter im Gaswerk erhält einen Monat bezahlten Urlaub, volle Lohnzahlung bei Krankheit und wohnt in gutausgestatteten Wohnungen, wofür er 6 bis 7 Prozent seines Monatsverdienstes als Miete zahlt.

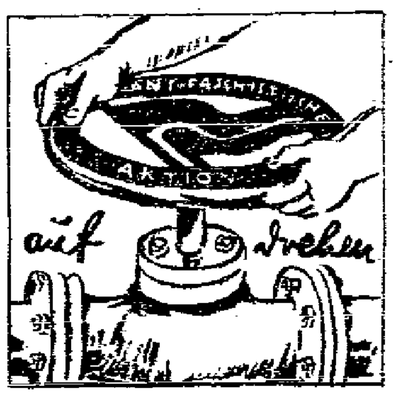
Das Werk arbeitet ununterbrochen in der Fünftagewoche. Jeder Arbeiter und Angestellte arbeitet vier Tage und hat am fünften Tag Ruhetag.

Kollegen, vergleicht eure Lohn- und Arbeitsbedingungen mit denen der Moskauer Kollegen und diskutiert über diese Frage besonders mit den SPD.-Kollegen. Man muß ihnen klarmachen, daß dies der einzige Ausweg ist.

Gute Gewerkschaftsarbeit

Gaswerk Lichtenberg fordert Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Kollegen

(Arbeiterkorrespondenz)



Im Gaswerk Blockdamm Lichtenberg tagte am 21. Juli eine Betriebsversammlung, wo ein Einheitskomitee gewählt wurde. In dem Einheitskomitee sind SPD., KPD., RGO. und freigewerkschaftliche Kollegen. Die Versammlung nahm ein Kampfprogramm an, wo betriebliche Forderungen und Kampf gegen faschistische Diktatur als Grundlage für die weitere Arbeit festgesetzt wurde.

Das Einheitskomitee hat neben anderen Forderungen den Kollegen eine Entschließung unterbreitet, in der die Wiederaufnahme aller Kollegen, die wegen ihrer revolutionären Gesinnung aus den freien Gewerkschaften ausgeschlossen wurden, zu den alten Rechten verlangt wird.

Diese Entschließung wurde von den Kollegen angenommen und der Funktionärversammlung der Gesamtbranche überwiesen. Danach tagte die Funktionärversammlung und beschloß ebenfalls die Wiederaufnahme dieser Kollegen.

Dieser Beschluß hat eine ziemliche Verlegenheit bei den Gewerkschaftsführern hervorgerufen und jetzt tritt man an unsere Kollegen heran, mit ihnen zu verhandeln, um die Wiederaufnahme ohne großes Aufsehen durchzuführen. **Die Kollegen der Gaswerke sind der Meinung, daß diese gute Aktion durch Betriebsversammlungen nur gestärkt werden soll, wo die Kollegen Gasarbeiter mit noch größerem Druck geschlossen die sofortige Durchführung dieses Beschlusses in allen Werken fordern.**

Wasserwerk als Nazikaserne

Wie die reformistische Passivität die Nazis hochgepäppelt hat

(Angestelltenkorrespondenz)

300 Angestellte sind gegenwärtig bei den Berliner städtischen Wasserwerken, Kaiser-Wilhelm- Ecke Dircksenstraße, beschäftigt. Vor Jahren war es hier so, daß 99 Prozent aller Kollegen mit der SPD. sympathisierten. Eine größere Zahl von ihnen war sogar gewerkschaftlich organisiert und politisch in der SPD. Es gibt wohl kaum einen Betrieb, in dem sich die Kleinere-Uebel-Politik der SPD.-Führer so ausgewirkt hat wie bei uns: Viele Kollegen sind heute Nazi geworden. Ihre Betriebszelle ist etwa 50 Mann stark!

Was macht nun der reformistische Betriebsratsvorsitzende Kamin gegen die immer stärker werdende faschistische Einstellung der Kollegen? Nichts! Oder vielleicht doch. — Sollte er etwa wieder mit dem Auto einer gewissen Firma Vergnügungsfahrten machen? Immerhin wäre es möglich. Und unser reformistischer Angestelltenrat Franz Hempel? Auch er sieht dem Nazitreiben im Betrieb ruhig zu und macht keinen Finger krumm, um den braunen Trabanten ihr Handwerk zu legen. Dieser Herr Arbeitervertreter hat sogar, als die Nazis immer frecher im Betrieb hervortraten und einige Kollegen tätlich bedrohten, es gewagt, als wir ihm ein Einheitsfrontangebot machten, dieses rundweg abzuschlagen.

Selbst das hat diesem Herrn Angestelltenrat noch nicht zu denken gegeben, daß die Nazis verschiedene Kollegen von uns anbrüllen: „In der nächsten Zeit wird die Textilproduktion einen Aufschwung erleben; denn da werden wir so allerhand Stricke gebrauchen." Ganz toll war es nach dem 20. Juli. Die Nazis liefen in unserem Betrieb herum, als wenn sie die Herren selber wären und sagten höhnisch: „Jetzt werden wir mit den roten Hunden aufräumen."

Die verräterische Politik der SPD.-Führer und das arbeiterfeindliche Verhalten unseres Betriebs- und Angestelltenrats sind nicht spurlos an den Kollegen, die bis dahin mit der SPD. sympathisierten, selbst Mitglied waren, vorübergegangen. Immer wieder konnte man nach der Wahl hören: **„Das schadet gar nichts, daß es so gekommen ist. Noch viel mehr Stimmen hätten wir verlieren müssen. Die Führer werden wenigstens sehen, was ihre Mehrheitspolitik eingebracht hat."**

SPD.-Kollegen! Man muß die Konsequenzen ziehen. Dieser Naziterror ist nur die Einleitung zur vollständigen Unterdrückung, die mit dem Papen-Kurs zur Durchführung des Papen-Wirtschaftsprogramms in den Betrieben einsetzen wird. Darum rote Einheitsfront, darum Antifaschistische Aktion, weil die Reformisten ebenso keinen Widerstand gegen Papen leisten, als gegen die Nazis.

3 statt 6 Kollegen

12-Stundenschicht statt 8 Stunden

(Arbeiterkorrespondenz)

Wie ernst es der Sozialdemokratie und ihren Spitzenfunktionären in den Betrieben selbst mit ihrem groß aufgemachten Arbeitsbeschaffungsplan ist, kann man wohl am besten an einem Beispiel, das aus der Behälterstation Augsburger Straße stammt, erkennen. **Noch vor 1½ bis 2 Jahren arbeiteten hier in achtstündigem Schichtwechsel 6 Kollegen. Jetzt aber sind es nur 3, die dafür in zwölfstündiger Schicht die Arbeit ihrer hinausgeworfenen Kollegen miterledigen.**

Trotzdem die durch ihre Ueberarbeit ihrer Kollegen von ihrem Arbeitsplatz verdrängten Kollegen sofort gegen diesen ungeheuerlichen Zustand beim reformistischen Gesamtbetriebsrat und beim Gesamtverband Protest einlegten, geschah nichts dagegen. Simsch, der rühmlichst bekannte Vorsitzende unseres Gesamtbetriebsrates, und Geßner, der Branchenleiter der Gaswerke im Gesamtverband, beide hundertprozentig Sozialdemokraten, nahmen gütigst Kenntnis davon, im übrigen fanden und finden sie alles in bester Ordnung. Es liegt eben im Wesen des Reformismus der SPD. und ihrer hohen Funktionäre, jede Nationalisierung, jede Arbeitszeitverlängerung als „Vorstoß zum Sozialismus" zu deuten. Sicher ist Simsch und sein Kollege Geßner davon überzeugt, seinen Kollegen in der Behälterstation Augsburger Straße einen großen Gefallen getan zu haben. Dadurch, daß die Kollegen jetzt 12 Stunden täglich arbeiten können, anstatt wie früher nur acht, sollen sie vor den Auswirkungen des mehrfach notverordneten Lohnabbaues geschützt werden.

Das bedeutet für die Kollegen eine Selbsttäuschung, weiter nichts. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben! Das werden die Kollegen der Behälterstation noch zu spüren bekommen, wenn sie sich nicht besinnen und vereint mit den Kollegen aus den anderen Werken geeignete Maßnahmen ergreifen, die dieser Ueberstundenschieberei und darüber hinaus auch jeder Notverordnung ein Ende bereiten werden.

Riesenerfolg der Roten Kavallerie

Zielfahrt und Meisterschaften in Leipzig

25 000 auf der Bahn in Leipzig — 1500 Motorfahrer und 3000 Radfahrer nehmen teil — Reichsmeister sammeln für den Kampffonds der Textilarbeiter

Die am Sonntag in Leipzig durchgeführten Reichsmeisterschaften der Rad- und Motorradfahrer der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit wurden trotz der Polizeischikanen zu einem grandiosen Erfolg. Massen von Teilnehmern aus ganz Deutschland an der Reichszielfahrt, 25 000 Besucher auf der Rennbahn in Leipzig demonstrierten gemeinsam mit werktätigen Sportlern aus allen Verbänden für die antifaschistische Sportfront, für den Kampf der Arbeiterklasse.

Die Verbundenheit der roten Sportler mit der kämpfenden Arbeiterschaft zeigte auch diese Veranstaltung. Die neuen Reichsmeister veranstalteten unter den Zuschauern eine Sammlung für den Kampffonds zur Abwehr der Angriffe der Unternehmer auf die Löhne der Textilarbeiter. 168 Mark konnten dem Kampffonds zugeführt werden.

Die Reichszielfahrt fand in all den Orten, die die Arbeiterradfahrer passierten — **über 1500 Motorradfahrer und 3000 Radfahrer wurden in den Kontrollstellen gezählt** —, lebhafte Anteilnahme. In den Straßen von Leipzig und der näheren Umgebung begrüßten weit über 30 000 Arbeiter die Teilnehmer an der Reichszielfahrt.

Die preußische Polizei versuchte mit ihren Maßnahmen die machtvolle Entfaltung der roten Sportbewegung zu hemmen. Trotzdem der Oberpräsident der Provinz Brandenburg die Austragung der Radzuverlässigkeitsfahrt Berlin—Leipzig genehmigt hatte, wurde der Leitung kurz vor Beginn derselben mitgeteilt, daß auf Veranlassung des preußischen Innenministeriums die Genehmigung zurückgezogen wird. Während die Stahlhelmfaschisten jede nur denkbare Unterstützung fanden, wurde die Polizei veranlaßt, die Arbeiterradfahrer an der Durchführung ihrer sportlichen Veranstaltung zu behindern.

So wurden in Bitterfeld und Wittenberg Hunderte von Teilnehmern, die in getrennten Gruppen nach Leipzig aus den verschiedensten Teilen Deutschlands unterwegs waren, durch preußische Polizisten, die mit Karabinern bewaffnet waren, in Haft genommen und ihre Maschinen bis Sonntagnachmittag um 4 Uhr festgehalten.

Eine ungeheure Empörung brach sich Bahn, als auf der Radrennbahn Leipzig den Zuschauern diese Tatsachen bekanntgegeben wurden. **Einstimmig wurde in einer Entschließung gegen diese Maßnahmen protestiert.**

Auch die Samaritergruppen des Arbeiter-Samariter-Bundes Lützen und Gautzsch brachten ihren Willen zur roten Einheit zum Ausdruck. Gemeinsam mit den roten Samaritern führten sie den Samariterdienst durch, die angedrohten Ausschlüsse seitens der Bundesbürokratie konnten sie nicht daran hindern, sie stimmten der Entschließung zu, die am Vormittag von den an den Reichsmeisterschaften teilnehmenden Arbeiterradfahrern des „Soli" und der bürgerlichen Verbände einstimmig angenommen wurde.

Zum Internationalen Jugendtag sprach die Landtagsabgeordnete Grete Groh. Begeistert stimmten die Massen ihrem Kampfruf zur Verstärkung der Arbeit unter dem Jungproletariat unter Führung der Kommunistischen Jugendinternationale „Heil Moskau" zu.

Auf der Rennbahn

Ein farbenprächtiges, buntes Bild gibt es, als die Leipziger Frauen zur Massengymnastik und zu den Freiübungen marschieren. Dann folgt ein gut ausgeführter Kunstreigen der Radfahrer mit 40 Teilnehmern. Die Straßenfahrer, die die Polizei daran hinderte, die Fernfahrt Berlin-Leipzig durchzuführen, fahren um die Bahn. Tosender Beifall begrüßt sie.

Die 200 ccm Tourenmaschinen fahren 10 Runden über 5 Kilometer. Der Endlauf sah Baum-Jena, Pawelicz-Berlin und Vogt-Leipzig am Start. Baum erzielte einen Stundendurchschnitt von 86 Kilometern und siegte in 4:11,4 vor Vogt-Leipzig.

Im nächsten Rennen ging es um den Reichsmeister in der Klasse der 200 ccm Sportmaschinen über 5 Kilometer. Es kommt zu einem erbitterten Kampf zwischen Kempe-Berlin und Seidel-Leipzig. Kempe siegte in 3:47,2 bei einem Stundenmittel von 91 Kilometer.

Bei den 350 ccm Sportmaschinen wurde Gödecke-Berlin über 15 Runden Reichsmeister bei einem Stundenmittel von 97 Kilometer in 5:01 Minuten.

Bei den Sportmaschinen über 500 ccm über 10 Kilometer wurde Sieger Günther-Chemnitz vor Burkhart-Pegau in 6:03,2 und Reichsmeister. Die schnellste Runde fuhr Kemmel mit einem Stundendurchschnitt von 105,5 Kilometer.

Das Rennen der 250 ccm Sportmaschinen über 5 Kilometer, 10 Runden, sah ebenfalls äußerst starke Fahrer am Start. Im Endlauf um die Reichsmeisterschaft übernimmt Ruff die Spitze, Seidel liegt ihm immer auf den Fersen, kann aber nicht vorbeikommen. Bei einem Stundenmittel von 104 Kilometer wird Ruff Reichsmeister, er benötigte für die 5 Kilometer 3:04 Min.

Bei den Rennfahrern ging es im Fliegerrennen-Hauptfahren über 1000 Meter. In den sechs Ausscheidungsläufen wurden die Fahrer für zwei Hoffnungsläufe, vier Vorläufe, zwei Zwischenläufe und die Endläufe ermittelt.

Im Endlauf der Zweiten trafen aufeinander Glas-Leipzig und Reinhardt-Berlin. Letzterer gewann nach taktisch gutem Fahren. Im Endlauf der Ersten mußten die Leipziger Hebenstreit und Schulze die Sache unter sich ausmachen. Hebenstreit fuhr uneigennützig und wurde Reichsmeister.

Das Verfolgungsrennen Berlin—Leipzig über fünf Runden mußte ausfallen, da die Berliner Mannschaft auf Grund der Polizeimaßnahmen in Bitterfeld festgehalten wurde.

Es folgte die Reichsmeisterschaft der Flieger über 25 Kilometer, 50 Runden mit zehn Wertungen. Erbittert wurde bei jeder Wertung um die Punkte gekämpft. Nach der fünften Wertung, die Richter-Leipzig an der Spitze sah, unternahmen Staeck-Berlin und Hebenstreit-Leipzig einen Vorstoß, um das Feld zu überrunden. Nach langem Kampf begann Staeck zunächst an das Feld heranzukommen. Hebenstreit muß sich gewaltig anstrengen. Der aufregende Kampf endete schließlich mit dem Siege von Staeck-Berlin (25 Punkte), der Reichsmeister wurde, vor Hebenstreit-Leipzig (13 Punkte).

Den Fünfkampf der Radfahrer gewann die Ortsgruppe Senftenberg-Brandenburg vor Friedrichshain I.

Sieger der Reichszielfahrt bei den Radfahrern wurde die Gruppe Friedrichshain mit 147,5 Punkten vor Charlottenburg 121,2 Punkte, 3. Reinickendorf 120,2 Punkte.

Wiederum hat die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit trotz Behördenschikanen und Polizeimaßnahmen einen gewaltigen Erfolg errungen. Begeistert stellten sich die roten Sportler für die erste Reichszielfahrt und die Reichsmeisterschaft der roten Kavallerie zur Verfügung. Aus allen Ecken und Enden Deutschlands waren die Genossen unter großen Opfern, oft gaben sie die letzten Pfennige ihrer erbärmlichen Erwerbslosenunterstützung, nach Leipzig geeilt. Nicht nur die Mitglieder der KG., sondern auch sporttreibende Werktätige aus dem Rad- und Kraftfahrerbund Solidarität und aus den bürgerlichen Verbänden bekundeten durch ihre Teilnahme ihre enge Verbundenheit mit der antifaschistischen Sportfront zum Kampf gegen Faschismus und Reaktion.

Während auf dem Treffen der Radfahrer von Solt in Halle nur wenige Mitglieder anwesend waren, während auf dem Treffen der Motorfahrer von Solidarität in Kassel zwei Prozent der immer genannten Mitgliederzahl anwesend waren, marschierten die roten Sportler unter ungeheuren Opfern trotz niederträchtiger Polizeischikane in Massen in Leipzig auf, begeistert begrüßt von der Arbeiterschaft, begeistert begrüßt von den 25 000 Zuschauern auf der Radrennbahn, demonstrierten sie einmal das hohe sporttechnische Niveau der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit.

Sie demonstrierten aber auch ihre enge Verbundenheit mit der gesamten Arbeiterschaft und gelobten auch durch diese Veranstaltung mit allen Kräften in der Antifaschistischen Aktion zu kämpfen gegen Faschismus und Reaktion, für die Gewinnung der Mehrheit der sporttreibenden Werktätigen für die antifaschistische rote Sportfront.

Elektrokraft im Dienst des Sozialismus

Von Hermann Remmele

Obwohl die Elektrizitätsversorgung in den ersten zwei Jahren des Fünfjahrplanes nicht mit der allgemeinen Entwicklung der Industrie des Landes Schritt gehalten hat, zeigen die Zahlen ein sehr rasches Wachstum sowohl der allgemeinen Leistungsfähigkeit der Elektrostationen als auch der Produktion. Die Tatsache, daß die Elektrifizierung nicht mit der allgemeinen Entwicklung der Industrie Schritt gehalten hat, lenkte die besondere Aufmerksamkeit der Sowjetregierung auf diesen Abschnitt der Wirtschaftsfront. Für die nächste Zeit ist die Erweiterung vieler schon in Angriff und zum Teil in Benutzung genommener Elektrostationen vorgesehen. Darüber hinaus sind auf dem Gebiete der Elektrifizierung neue umfangreiche Pläne in Aussicht genommen.

Die größte Elektrostation, die jetzt vollendet wird, ist das Wasserkraftwerk Dnjepr. Die 1927 begonnene Wasserkraftzentrale Dnjpr ist mit ihren Staudämmen und Schleusenanlagen das gewaltigste Bauwerk dieser Art in der Welt.

Die Wasserkraftzentrale Dnjepr hat eine festgelegte Stromstärke von 810 000 PS., die aus neun Aggregaten allergrößten Maßstabes besteht, wie sie gegenwärtig nicht nur in Europa, sondern auch in Amerika nicht bestehen. Rivalen in bezug auf die Stromstärke hat das Wasserkraftwerk Dnjepr in Europa nicht. In Amerika wird es nur übertroffen von den Anlagen der Niagarafälle, während sich die Wilson-Wasserkraftzentrale am Fluß Tennessee ihr nähert (sie ist jedoch vorerst wegen Konsumentenmangels nicht in Betrieb).

Bei der Ausbetonierung wurden Weltrekorde erzielt, und zwar 5280 Kubikmeter Tagesleistung und 110 640 Kubikmeter Monatsleistung und für die gesamte Bausaison 1930 515 000 Kubikmeter. Insgesamt sind in den Staudämmen in der Werkanlage und in den Schleusen 1 100 000 Kubikmeter auszubetonieren.

Die Errungenschaften der ausländischen Technik sind bei der Wasserkraftanlage Dnjpr durch die Steinschlägerei und Betonwerke mit mächtigen Steinschlägermaschinen vertreten, die eine Leistungsfähigkeit von je 1000 Kubikmeter Granit pro Stunde aufweisen und mit flüssigem Sauerstoff zur Sprengung von Gesteinsmassen arbeiten.

Die durchgreifende Mechanisierung der Arbeiten hat zur Folge, daß stark mit Maschinenbetrieb gearbeitet wird, z. B. kommen in der Wasserkraftanlage Dnjepr auf jeden Arbeiter bis zu 5 PS. Die Mechanisierung in einem solchen Maßstabe übertrifft alles dieser Art in Westeuropa und bleibt auch hinter den amerikanischen Neuerungen der allerletzten Zeit nicht zurück.

Mit der Wasserkraftanlage Dnjepr wird 1932 das riesigste Wasserkraftwerk in Betrieb genommen und das Wirtschaftsleben des Gebiets erhält eine mächtige Stromzentrale. Es muß hervorgehoben werden, daß das Problem des Wasserkraftwerks Dnjepr als ein Komplex von wirtschaftlichen Aufgaben gelöst wird:

Das Industriekombinat Dnjepr umfaßt ein Aluminiumwerk mit einer Produktion von 20 000 Tonnen, ein Hüttenwerk mit einer Leistung von 1 055 000 Tonnen Roheisen, Abteilung für speziellen Elektrostahl und Eisenschmelzung, für Schlackenzement und dergleichen Erzeugnisse, was durch die Stromkraft des Dnjepr und die Gesamtlösung der vorstehend bezeichneten Aufgaben ermöglicht wird.

Noch gewaltiger als das Dnjepr-Kraftwerk wird aber das Angara-Wasserkraftwerk, das nach dem vorläufigen Projekt zwanzigmal mehr Strom liefern soll als das Dnjepr-Kraftwerk. Dieses Wasserkraftwerk soll sofort begonnen werden, wenn das Dnjepr-Kraftwerk beendet ist. Die „Prawda" berichtet in ihrer Nummer vom 26. März 1931 über dieses Projekt:

> **„Der Strom Angara in Ostsibirien ist eine unerschöpfliche Quelle billiger Wasserkraft. Schon die ersten Kraftwerke am Angara können 40 Millionen Kilowatt liefern, d. h. rund ein Viertel der gegenwärtigen Produktion der Vereinigten Staaten. Diese riesigen und billigen Energievorräte in Verbindung mit zahlreichen Vorkommen verschiedener Mineralien mit reichen Forstmassiven sind von größter Bedeutung für die gesamte Union. Das Präsidium der staatlichen Plankommission beschloß daher die Einleitung intensiver Untersuchungsarbeiten im Angaragebiet, um schon Ende 1932 ein allgemeines Schema des Angarastroj aufstellen zu können. Der oberste Volkswirtschaftsrat beschloß für das Jahr 1932 zwei Millionen Rubel für Untersuchungsarbeiten bereitzustellen."**

Dieses neue Projekt, das selbst Dnjeprostroj weit in den Schatten stellt, zeigt, welche gewaltigen Produktivkräfte die sozialistische Planwirtschaft zu entfesseln vermag.

(Aus Remmele „Die Sowjetunion" Band I.)

Geschäftliche Mitteilungen

Große Reiseermäßigungen nach Moskau

Touristen nach Moskau oder anderen Großhäfen der Sowjetunion werden anläßlich November besondere Reiseermäßigungen gewährt. Das Fremdenverkehrsbüro „Intourist" dieser Bruchsteilen zu stark ermäßigten Preisen nach Moskau, Leningrad, Kiew und Odessa an. Im Zeichen der Moskauer Fremdenverkehrsindustrie rechnet man für Anfang November mit einem regen Auslandsbesuch. Sein Anlaß ist die mit großen Mitteln vorbereitete Staatsfeier am 7. November sein, die diesmal zugleich die Feier des fünfzehnjährigen Bestehens der Republik der UdSSR. sein wird. Bekanntlich ist diese Feier zu einer traditionellen Parade auf dem Roten Platz geworden, an der Armee, Sportler, Betriebsbelegschaften und die gesamte Bevölkerung teilnehmen. Diese ermäßigten Herbstreisen, die bis nach Odessa am Schwarzen Meer führen, finden unter dem Stichwort „Intourist"-Novemberreisen statt. Die Tourenpreise, die von und bis Sowjetgrenze sämtliche Hauptspesen, Hotelunterkunft, Pensionsverpflegung usw. einschließen, beginnen mit 168 Mark. Nähere Auskunft erteilt die Hauptvertretung der „Intourist", Berlin, Unter den Linden 62.

Die Erste zwingt zur Zweiten und führt zur Kette!

Das spricht für die hohe Qualität unserer

JUNO

und darf auch als Beweis für ihre Bekömmlichkeit gelten.

Gerade weil Juno auf Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine oder Glückereien verzichtet, vermag diese gute Josetti-Marke alle wichtigen Forderungen der Raucher zu erfüllen:

Erlesene Tabake

Beste Mischung — Volles Format

Ausschneiden! **Diskutiere diese Fragen mit deinem DMV.-Kollegen!** *Weitergeben!*

DMV.-Verbandstag vorbei – DMV.-Mitglieder, jetzt habt ihr das Wort!

Verbandstag ohne Kampfbeschlüsse – Dafür Hetze gegen die Opposition

Was Zehntausende vom Verbandstag erwarteten

Der 20. Verbandstag des DMV. in Dortmund ist vorüber. Großspurig hatte ihn der „Vorwärts" als das Parlament der größten Gewerkschaftsorganisation angekündigt. Zehntausende von organisierten Metallarbeitern hatten noch auf diesen Verbandstag geschaut, hatten nach dieser feierlichen Ankündigung des „Vorwärts" eine Stellungnahme zu den brennendsten Fragen ihres täglichen Kampfes erwartet.

Ernst genug sind diese Fragen, die vor der gesamten deutschen Arbeiterklasse stehen. Die kapitalistische Wirtschaftskrise wütet mit unverminderter Schärfe weiter. Die Ausbeuterklasse, die die Höhe ihrer Profite bedroht sieht, sucht nach neuen Mitteln, um diese zu erhalten. Die 40 Prozent, um die das Einkommen der noch beschäftigten Metallarbeiter seit dem letzten Verbandstag, unter Berücksichtigung der Kurzarbeit gesenkt worden ist, sowie der ungeheuerliche Abbau der Arbeitslosenunterstützung, genügen ihnen noch nicht. Die völlige Zerschlagung der Tariflöhne ist ihre unmittelbare Absicht. In dem von Papen verkündeten Wirtschaftsprogramm hatten diese Pläne inzwischen ihren offenen Niederschlag gewonnen.

Faschistischer Terror soll die Widerstandskraft der Arbeiterklasse brechen.

Welche Aufgaben hätte der Verbandstag einer so bedeutenden Organisation lösen müssen, wenn er wirklich die Absicht gehabt hätte, die primitivsten Aufgaben zur Kampfmobilisierung der Metallarbeiter zu erfüllen. Er hätte den schärfsten Kampf gegen die Tarifzerschlagung, gegen jeden weiteren Lohnabbau, den Kampf um Lohnerhöhung und 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich in den Mittelpunkt seiner Beratungen stellen müssen. Hierzu wäre es notwendig gewesen, die besten Methoden zur Organisierung des Kampfes in jedem einzelnen Betrieb herauszuarbeiten. Er hätte schärfste Abrechnung halten müssen mit der Kapitulantenpolitik der ADGB.-Bürokratie, wie sie besonders am 20. Juli mit aller Schärfe zum Ausdruck kam. Er hätte an alle Metallarbeiter den dringenden Appell zur bedingungslosen Herstellung der Einheitsfront im Kampfe gegen den Lohn- und Unterstützungsabbau und gegen faschistischen Terror richten müssen. Er hätte den Anschluß an die Antifaschistische Aktion, er hätte die Bildung von Massenselbstschutzformationen gegen Naziterror in allen Metallbetrieben und auf allen Stempelstellen proklamieren müssen.

Brücken zum Faschismus

Die Gewerkschaftsführer haben sich andere Aufgaben gestellt. Sie denken nicht daran, den Kampf gegen das weitere Vordringen des Faschismus zu organisieren. Im Gegenteil. Sie kennen nur die eine Sorge, wie sie die Gewerkschaftsorganisationen am besten in das faschistische Wirtschaftssystem eingliedern können. Sie bereiten sich jetzt bereits vor, den Weg zum Faschismus, den die d'Arragona und Kompanie in Italien gingen, auch in Deutschland zu gehen. Dafür die Mitgliedschaft reif zu machen, das ist gegenwärtig ihr größtes Ziel.

Auf diesem Wege war auch der Verbandstag des DMV. ein Markstein. Reichelt drückte das plump und offen aus, als er in seinem Referat zur „Neuordnung der Wirtschaft" sagte:

„Die Nazitheorie, daß es so nicht mehr weitergehe, ist praktisch Unterstützung unserer Forderungen. Papen hat auch erklärt, an allen Bestrebungen mitzuwirken, um die Störungen in der Wirtschaft zu beseitigen. Auch Schleicher hat in seiner Erklärung etwas gleiches betont. Wenn Papen und Schleicher das wirklich wollen, dann müssen sie in die SPD. eintreten."

Mit Papen, mit Schleicher, mit Hitler und Straßer zusammen wollen die Brandes und Reichel also „sozialisieren". Mit der Sorte „Sozialisierung", die dabei herauskommen wird, können die Unternehmer wahrlich zufrieden sein.

Wer im Verband bleiben und wer ausgeschlossen werden soll

Aber nicht nur in den Reden kamen diese Anschlußversuche an den Faschismus zum Ausdruck, sondern vor allem auch in den Beschlüssen dieses Verbandstages. Oder ist es vielleicht ein Zufall, daß der Antrag, daß Mitglieder der Nazipartei ohne weiteres aus dem Verband auszuschließen sind, von denselben Verbandstagsdelegierten abgelehnt wurde, die dem Vorstand die Ermächtigung erteilten, alle Mitglieder auszuschließen, die Organisationen angehören, die der Vorstand selbst als „arbeiterfeindlich" bezeichnet.

Damit soll eine neue Welle des Ausschlußterrors gegen die RGO.-Kollegen eingeleitet werden.

Nazi-Terroristen und Streikbrecher sollen im Verband bleiben, ausgeschlossen aber sollen werden die oppositionellen Kollegen, die gegen die Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführer Sturm laufen, die den geschlossenen antifaschistischen Massenkampf proklamieren. Damit wollen die DMV.-Führer die Voraussetzungen schaffen, um ungehemmt ihren Kurs des Brückenschlagens zum Faschismus durchführen zu können.

Auch die Ablehnung des Antrages, die Delegierten zu Verbandstagen in Zukunft durch Urwahl zu wählen, liegt in derselben Linie.

Wenn der Verbandstag die aktive Beteiligung am „freiwilligen" Arbeitsdienst beschlossen hat, so dient das ebenfalls den faschistischen Bestrebungen auf den Ausbau des „freiwilligen" Arbeitsdienstes zur allgemeinen Arbeitsdienstpflicht. Interessant dabei ist, daß Schliestädt, der zur Jugendfrage sprach, sich mit einigen radikalen Worten gegen die Arbeitsdienstpflicht wandte, worauf Brandes sofort aufsprang und erklärte, daß Sch. nicht die Meinung des Vorstandes vertreten habe.

Gegen die Sowjetunion – für Arbeitsdienst

Wasser auf die Mühlen des Faschismus ist es auch, wenn Brandes in seinem Referat, nachdem er so schön von den demokratischen Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft erzählt hat, die ungeheuerlichste Hetze gegen die Sowjetunion, das Land der siegreichen Arbeiter und Bauern, vom Stapel ließ. Die dümmsten Lügen aus der kapitalistischen Presse vom angeblichen Hunger, von der angeblichen Ausbeutung der russischen Arbeiter wurden dabei aufgetragen. Und das im selben Augenblick, wo die faschistische deutsche Bourgeoisie immer offener ihre Vorbereitungen zum Interventionskrieg gegen die Sowjetunion trifft. Es ist bezeichnend, daß das Verbandsorgan, die „Metallarbeiterzeitung", diese Stellen aus der Rede von Brandes sowie seine beispiellose Hetze gegen die Opposition den DMV.-Mitgliedern nicht aufzutischen wagt und einfach unterschlägt.

„Umbau"-Phrasen statt Kampfbeschlüsse

Was bedeuten gegenüber diesen Tatsachen solche Phrasen, wie sie z. B. Reichel in seiner Begrüßungsrede gebrauchte: „Wir bekennen uns heute mehr denn je zu den Zielen, die die großen Wegbereiter der Arbeiterschaft uns vorgezeichnet haben". Brandes selbst entlarvte das als Phrase, wenn er später erklärte, es sei jetzt notwendig, „die Zähne zusammenzubeißen, die Nerven zu behalten und bessere Zeiten abzuwarten".

Die radikalen Phrasen brauchen die Gewerkschaftsführer um ihre tatsächlichen Absichten, um die Fortsetzung ihrer Kapitulationspolitik zu verschleiern. So ist es kein Zufall, daß gerade jetzt auf diesem Verbandstag das Betrugsmanöver des Umbauprogramms, des „Kampfes um die Planwirtschaft" auf den Schild erhoben wurde. Das ist dasselbe Manöver, das die SPD.-Führer im Jahre 1919 durchführten, wo sie schrien: Die Sozialisierung marschiert, während sie gleichzeitig die Niederschlagung der Arbeiter organisierten, die um die Sozialversicherung kämpften. Im Grunde genommen handelt es sich ja auch bei dem Umbauprogramm nur um neue Versuche zur Rettung des kapitalistischen Systems. Reichel selbst gibt das zu, wenn er sagt:

„Wir müssen Ordnung zu bringen suchen in das privatkapitalistische System. Das müssen wir tun zur Gesundung der Wirtschaft der Welt."

Aus dieser Einstellung heraus mußte denn auch Brandes in seinem Hauptreferat selbstverständlich die Anwendung jeder wirksamen Kampfmaßnahme ablehnen. So wurde von ihm jede Diskussion über den Generalstreik als Unsinn bezeichnet.

Eine ungefährliche „Opposition"

Der Verbandstag zeigte aber noch mehr: er zeigte den völligen Bankrott der brandlerischen und SAP.-Opposition. Die Brandleristen begnügte sich mit ein paar scheinradikalen Phrasen gegen die DMV.-Führung, vor der sie in der Praxis völlig kapitulierten In der Hetze gegen die RGO. liefen sie Brandes den Rang ab. Ursprünglich hatten sie eine Resolution eingebracht, in der es hieß: „Die Führung der freien Gewerkschaften hat mit der Macht dieser Organisation Mißbrauch getrieben. Um bei der Bürokratie nicht allzusehr anzuecken, haben sie das schnell umgeändert in „falschen Gebrauch gemacht."

Der Wert ihrer Opposition zeigt sich in den Schlußsätzen ihrer Entschließung, wo der Vorstand des DMV. aufgefordert wird, den Vorstand des ADGB. zu veranlassen, den außerparlamentarischen Massenkampf zu organisieren. Das heißt also, die Massen der Mitglieder wiederum auf die Verbandsführer vertrösten, die sich soeben alle wirklichen Kampfmaßnahmen erneut abgelehnt haben.

Und gar die Rede von Ziegler-Breslau, der für die SAP. sprach, war so lendenlahm, daß ihm aus den Reihen der Delegierten ein Aufnahmeschein für die SPD. heraufgereicht wurde.

Die Stimmen der ehrlichen revolutionären Opposition hatten die DMV.-Führer durch die Verhinderung der Urwahlen auszuschalten verstanden. Und trotzdem kam während des ganzen Verbandstages immer wieder die Furcht der leitenden Verbandsinstanzen vor der Opposition zum Ausdruck. Man wagte ja nicht einmal Gastkarten in größerer Zahl auszugeben, so daß die Tribünen ständig eine gähnende Leere aufwiesen. Und wenn Brandes überhaupt zur Frage des Massenkampfes, zur Frage des Generalstreiks, zur Frage der Sowjetunion usw. Stellung nehmen mußte, so zeigt das, welchen Umfang die Diskussion über diese Frage von den DMV.-Mitgliedern bereits angenommen hat.

Wenn die Unzufriedenheit der Mitglieder nur zum Ausdruck kam in Anträgen auf Herabsetzung der Gehälter und dementsprechend auch der Beiträge, wenn der Bürokratie ihr Plan der Ausschaltung der revolutionären Opposition gelingen konnte, so liegt das an dem Fehlen einer festgefügten, in den breitesten Massen der Mitgliedschaft verwurzelten, gut organisierten Oppositionsbewegung. Das ist um so notwendiger auszusprechen, als gerade nach diesem Verbandstag die Unzufriedenheit wachsen und Stimmungen zum Austritt aus dem DMV. bei den rebellierenden Kollegen erzeugen wird. Diese Stimmungen werden bestimmt noch wachsen durch die beschlossene Herabsetzung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen.

Was soll jetzt getan werden?

Aber auf das freiwillige Herauslaufen der unzufriedenen Kollegen aus dem Verband spekulieren ja gerade die DMV.-Führer. Dann können sie ihre Politik noch ungestörter durchführen.

Es kommt jetzt aber gerade darauf an, daß der zweifellos vorhandene Kampfwille der breiten Massen der DMV.-Mitgliedschaft gegen die Absichten der DMV.-Führer in Kampfhandlungen umgemünzt wird. Das kann nur geschehen unter der Führung einer zielklaren, geschlossenen Oppositionsbewegung. Diese aufzubauen müssen deshalb alle mit der Verbandsführung unzufriedenen Kollegen als ihre Aufgabe betrachten. Gerade durch den Aufbau einer organisierten revolutionären Massenopposition werden wir den zögernden und unklaren Mitgliedern beweisen, wie sehr uns das Schicksal der deutschen Gewerkschaftsbewegung am Herzen liegt.

In diesen Tagen bereits werden Mitgliederversammlungen stattfinden, in denen die Delegierten des Verbandstages Bericht erstatten werden. Diese Versammlungen müssen von allen Kollegen restlos besucht werden, es muß Rechenschaft von den Delegierten gefordert werden:

Fragt die Delegierten:

Welche Maßnahmen habt ihr beschlossen zum Kampf gegen Tarifzerschlagung, Lohnabbau und neue Unternehmeroffensive?

Was habt ihr beschlossen zum Kampfe gegen die weitere Aushungerung der Erwerbslosen??

Welche Beschlüsse habt ihr gefaßt zum Kampfe gegen die faschistische Diktatur, gegen Sondergerichtsjustiz und Naziterror?

Was fürs Kampfmaßnahmen habt ihr beschlossen zur Entfernung der faschistischen Streikbrecher und Terroristen aus den Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen?

Habt ihr eure Stimme erhoben gegen die schamlose Antisowjethetze, gegen den verschärften Ausschlußterror gegenüber den ehrlichen oppositionellen Kollegen?

Erklärt der Verbandsbürokratie, daß ihr nicht gewillt seid, über die von ihr geschlagenen Brücken zum Faschismus zu marschieren!

Beschließt Mißtrauensresolutionen! Faßt Kampfbeschlüsse gegen Tarifzerschlagung, Lohn- und Unterstützungsabbau!

Schließt euch in den Betrieben und Stempelstellen zu festgefügten Oppositionsgruppen zusammen! Organisiert den Kampf um die Besetzung aller Betriebsfunktionen durch Kollegen der revolutionären Opposition!

Stellt im Betrieb und an der Stempelstelle die rote Einheitsfront mit den Kollegen der RGO. und des roten Verbandes sowie mit den unorganisierten Kollegen her!

Achtung, DMV.-Mitglieder!

Bezirksmitgliederversammlungen des DMV.

Berichterstattung vom Verbandstag

Mittwoch, den 7. September:

8., 8a. und 9. Bezirk, abends 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24-25, Saal 1.

11. Bezirk im Lokal Gehrke, Schöneberg, Ebersstraße 66, abends 5 Uhr.

14. Bezirk, nachmittags 4.30 Uhr, in den Arminiussälen, Bremer Straße 72-73.

15. Bezirk, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal 2 des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Linienstraße 83-85.

18. und 19. Bezirk, abends 7 Uhr, in den Schwedter Festsälen, Schwedter Straße 23.

23. Bezirk, nachmittags 4.30 Uhr, in den Germaniasälen, Spandau, Stresowplatz.

Donnerstag, den 8. September:

Köpenick, Lokal Schulz, Bahnhofstraße 34, nachm. 4.30 Uhr.

Freitag, den 9. September:

16. und 17. Bezirk, abends 6 Uhr, in den Phorussälen, Müllerstraße 142.

Erscheint restlos! Rechnet ab mit der Bürokratie!

Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit

„Die Rote Fahne"

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Name: .....

Ort: .....

Straße: .....

Deutlich ausfüllen, ausschneiden und abgeben bei allen Zeitungsboten, Spediteuren oder in der Geschäftsstelle der „Roten Fahne", Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Alfred Hendrich, Berlin; für Anzeigenteil und Geschäftliche Mitteilungen: Gustav Bode, Berlin. Druck und Verlag: Vereinigte Zeitungsverlage GmbH., Berlin, Kleine Alexanderstraße 28. Fernruf: Sammelnummer C 1, Berolina 5481.

Die Klassenschlacht von Lancashire

Eine Woche währt nun schon der Riesenkampf der Baumwollweber von Lancashire. In dieser Woche verging kein einziger Tag, an dem nicht eine Streikverbreiterung erzielt wurde, verging kein einziger Tag, an dem die Baumwollweber nicht ihre Massenaktivität in großen Demonstrationen und Massenstreikposten bewiesen, verging kein Tag, an dem nicht die Baumwollweber, und darunter in der ersten Reihe die Frauen und Jugendlichen, gegen den Polizeiterror schärfsten Widerstand leisteten.

Der große Kampf in Lancashire ist neben dem heroischen Bergarbeiterstreik in Belgien und der großen Streikwelle in Polen ein lebendiges Zeichen für eine ungeheure Verschärfung der Klassengegensätze im internationalen Maßstabe. Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise verschärft sich die Offensive der Bourgeoisie in allen Ländern gegen die Arbeiterklasse, mit dem Ziel, das Lebensniveau der Arbeitermassen noch mehr herunterzudrücken und unter dem Vorwand einer schlechten Konjunktur und des verschärften Konkurrenzkampfes um den Weltmarkt den Hunger der Lohnsklaven zu vergrößern.

So ist die Klassenschlacht von Lancashire von ganz besonderer Bedeutung im Kampf um den kapitalistischen oder den sozialistischen Ausweg aus der Krise. Auf Kosten der erbärmlichen Lebenslage der Baumwollweber, und nicht nur der Baumwollweber, sondern nach ihnen auch der Arbeiter [illegible] Industriegruppen, will der englische Kapitalismus [illegible] Ausweg aus der Krise verschaffen, der neue unendliche Not für die englische Arbeiterklasse bedeuten würde. Der entschlossene Widerstand der Baumwollweber trifft deshalb die englische Bourgeoisie aufs schwerste. Der Ausgang des Kampfes von Lancashire ist von entscheidender Bedeutung für das große Klassenringen um den kapitalistischen und sozialistischen Ausweg aus der Krise.

Aus diesem Grunde hat auch die englische Bourgeoisie sofort den gesamten Staatsapparat gegen die Kämpfer von Lancashire eingesetzt, hat reisige Polizeitruppen in das Streikgebiet entsandt, um durch Terror den Kampf der Arbeiter niederzuschlagen. Indem die reformistische Bürokratie als erste den Schrei nach dem Eingreifen der Regierung ausstieß, unterstützte sie bewußt den Plan der Bourgeoisie, durch Einsatz des gesamten bürgerlichen Staatsapparates den Kapitalisten den Sieg zu sichern.

Die Rolle der reformistischen Bürokratie in diesem Streik ist damit schon eindeutig gekennzeichnet. Niemals hätten die Reformisten ihre Zustimmung zu diesem Streik gegeben, wenn nicht die Kampfbereitschaft der Arbeiter derartige Formen angenommen hätte, daß die Gewerkschaftsführer keine Möglichkeit mehr besaßen, den Streik noch vor seinem Beginn abzuwürgen. Die Forderungen der Unternehmer waren aber so ungeheuerlich, daß die Arbeiter darauf mit einer beispiellosen Entschlossenheit zum Kampf antworteten, handelte es sich doch buchstäblich um die Bedrohung ihrer nackten Lebensexistenz.

Die Baumwollweber von Lancashire fristeten schon immer ein elendes Dasein. Aber früher arbeiteten wenigstens in jeder Familie noch mehrere Familienmitglieder. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Heute hat jede Familie einen oder zwei Arbeitslose mit durchzufüttern. Der Lohn beträgt im Durchschnitt etwa 30 bis 35 Schilling wöchentlich. Es ist klar, was ein Lohnraub von 12½ Prozent für die Baumwollweber bedeuten würde. Hinzu kommt aber noch, daß die Unternehmer gleichzeitig das Mehrwebstuhlsystem einführen und die Arbeiter zur Bedienung von sechs, ja sogar von acht Webstühlen zwingen wollen.

Schon seit Monaten versuchten die Textilbarone ihr Ziel betriebsweise durchzuführen. Aber überall stießen sie auf den sofortigen Widerstand der Belegschaften, der die Unternehmerpläne zunichte machte. Dutzende solcher Teilstreiks gingen dem großen Weberkampf voraus und waren die Vorpostengefechte zu diesem Massenstreik.

Als die Unternehmer sahen, daß sie betriebsweise nicht zum Ziel gelangten, entschlossen sie sich zu einem großen Vorstoß. Die Weber von Burnley waren die ersten, an denen die Unternehmerpläne ausgeführt werden sollten. Die Weber von Burnley antworteten aber, wie es die Unternehmer nicht erwartet hatten. Geschlossen traten sie in den Streik, und in kurzer Zeit schlossen sich ihnen in den benachbarten Städten Haslingdon und Preston die Weber an, so daß über 50 000 Arbeiter im Streikkampf gegen den Lohnraub standen.

Umsonst war das Bemühen der Reformisten, durch Hinausschiebung des Streiktermins für das ganze Gebiet die Situation für die Unternehmer zu retten. Mit jedem Tage stieg die Empörung in den Elendsbezirken von Lancashire. Die Arbeiter forderten nicht nur die Zurückweisung des Lohnraubs und des Mehrwebstuhlsystems, sie verlangten auch die Wiedereinstellung derjenigen Kollegen, die während der betrieblichen Streiks gemaßregelt worden waren. Eine Reihe von Lokalorganisationen der Webergewerkschaft sah sich unter dem stärksten Druck der Arbeiter gezwungen, Streikbeschlüsse zu fassen. In dieser Situation mußte die reformistische Bürokratie wohl oder übel dem Streik im ganzen Gebiet zustimmen.

Der bisherige Verlauf des großen Streiks in Lancashire ist eine geradezu zerschmetternde Widerlegung aller streikbrecherischen Argumente, denen sich die Reformisten in allen Ländern bedienen. Erzählen nicht überall die Reformisten den Arbeitern, daß man bei soundso viel hunderttausend Arbeitslosen nicht imstande sei zu streiken? Nun, in England gibt es drei Millionen Arbeitslose, und einen großen Teil dieser Arbeitslosenarmee stellt Lancashire. Was aber erlebt man? Die Arbeitslosen verüben nicht nur keinen Streikbruch, sie gehen in Massen mit vor die Betriebe, um Streikposten zu stehen. Arbeitslose befanden sich unter jenen Massendemonstranten, die aus der ganzen Umgebung nach Darwen zogen, um die dort noch arbeitenden Betriebe stillzulegen. Die Kampfeinheit der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter zerschlägt die reformistischen Streikbruchargumente.

Während die Reformisten die streikenden Arbeiter an die Regierung und die Unternehmer ausliefern wollen, trommeln die Kommunisten und die Minderheitsbewegung unaufhörlich für die Sicherung der Streikfront durch die Wahl eigener Streikleitungen, für die Ausschaltung der reformistischen Bürokratie aus der Streikführung. Dem verräterischen reformistischen Appell an die Regierung setzen die Kommunisten entgegen den Appell an die gesamte englische Arbeiterklasse zur wirksamen Unterstützung der Streikaktion. Und die englische Arbeiterklasse hat begriffen, daß es sich bei dem Kampf von Lancashire um eine Schlacht handelt, die von der ganzen Klasse geschlagen werden muß. Die aktive Solidarität, die in Unterstützungen aus dem ganzen Lande zum Ausdruck kommt, sind der beste Beweis dafür.

Aber der Massenstreik von Lancashire ist nicht nur die Sache der englischen Arbeiterklasse allein, er ist die Sache des gesamten internationalen Proletariats, und ganz besonders der deutschen Arbeiterklasse. Die internationale Bedeutung des englischen Weberstreiks besteht nicht nur darin, daß dieser Kampf die Front des internationalen Klassenfeindes empfindlich schwächt, sondern es ist klar, daß eine Niederlage der englischen Weber unmittelbar eine Ermunterung der sächsischen Textilbarone sein würde, ihren Lohnsklaven die Hungerlöhne zu senken. Umgekehrt bedeutet ein Sieg der englischen Weber ein leuchtendes Fanal für das sächsische Textilproletariat, ein flammendes Beispiel, wie der Lohnraubangriff der Textilbarone abgewehrt werden kann.

Die enge Verbindung der englischen Textilunternehmer mit der sächsischen Textilindustrie ist allgemein bekannt. Englische Kapitalisten sind in zahlreichen sächsischen Textilunternehmer maßgebend beteiligt. Es ist klar, daß die englischen Textilunternehmer versuchen werden, die Aufträge, die ihnen durch den Streik verlustig gehen, in ausländischen Betrieben, die unter ihrem Einfluß stehen, ausführen zu lassen. Dieser geeinten internationalen Front des Klassenfeindes muß die internationale Front des Proletariats entgegengestellt werden. Aktivste Solidarität mit den englischen Klassenbrüdern ist zugleich der beste Kampf für die eigenen Lebensinteressen der deutschen Arbeiter. Und der Kampf um die eigenen Tagesforderungen in Deutschland ist gleichzeitig die beste Unterstützung der streikenden Weber von Lancashire.

Verratsabkommen in Belgien

Reformisten beschließen Streikabbruch und Annahme des Regierungsvorschlages — Schärfster Widerstand der Arbeiter gegen reformistischen Verrat

Brüssel, 5. September. Am Sonntag fand der von der reformistischen Bürokratie zusammengeschobene Bergarbeiterkongreß statt, der sich mit dem Regierungsvorschlag beschäftigte. Die Gewerkschaftsführer ließen alle Minen springen, um die anwesenden Delegierten zu überreden, dieses von der Regierung mit den reformistischen Führern gemeinsam ausgeheckte Verratsabkommen anzunehmen. Es gelang diesen Verrätern schließlich, bei der Abstimmung eine Mehrheit von 60 Prozent für die Annahme des Abkommens zu erzielen.

Dieses Abkommen ist das größte Manöver, das die reformistische Bürokratie, gemeinsam mit der Regierung und den Unternehmern, bisher zur Abwürgung des Streiks unternommen hat. Kein Terror und kein Betrug haben die heldenhafte Streikfront der belgischen Kumpels erdolchen können. Nun hat man einen „Vermittlungs-

[illegible]

2. Die Verwaltung jeder Grube wird individuell die niedrigeren Löhne nachprüfen. Die Lokalkomitees werden befragt.

2. Die Kommission nimmt Kenntnis von dem Vertrag zwischen Belgien und Deutschland.

3. Vom 1. Oktober ab wird eine Lohnerhöhung gewährt werden im Verhältnis der Vorteile, die aus der Kontingentierung entstehen.

4. Durch eine Unterkommission, zusammengesetzt aus zwei Unternehmer- und drei Gewerkschaftsvertretern, wird die Lohnkonvention einer Nachprüfung unterzogen.

5. Im Borinage wird eine Wiedereinstellung der gesamten Belegschaft vorgenommen, und zwar in einem Turnus, dessen Einzelheiten durch eine Kommission festgelegt werden sollen, die aus sechs Unternehmer- und sechs Gewerkschaftsvertretern zusammengesetzt ist.

Unter dem Vorsitz des Ministers oder seines Vertreters soll für die anderen Kohlengebiete eine ähnliche Lösung durch die Kommission ins Auge gefaßt werden. Die Kommission wird ihre Arbeiten innerhalb eines Monats beenden.

6. Der vorgeschlagene Vertrag hat zur Voraussetzung die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit.

Dieses von den Reformisten und der Regierung ausgeheckte Schanddokument ähnelt aufs Haar dem Verratsabkommen vor etwa einem Monat, das damals einmütig von den Bergarbeitern abgelehnt wurde. Die Formulierungen dieses Vorschlages zeigen die Stärke des Massendrucks auf die Regierung. Neu ist lediglich das vage Versprechen einer Lohnerhöhung, die jedoch abhängig gemacht wird von einem Erfolg der Kontingentierung, was natürlich bedeutet, daß diese Lohnerhöhung niemals verwirklicht wird. Die Unternehmer und die Regierung wagen es angesichts der Kampfentschlossenheit der Arbeiter nicht mehr, offen die Forderung der Streikenden auf eine Lohnerhöhung abzulehnen, und versuchen sie deshalb mit der in dem Regierungsvorschlag enthaltenen Formulierung zu be- [illegible] keit bedeutet der Regierungsvorschlag einen [illegible] die Lohnkonvention, welche gleitende Löhne vorsieht, aufrecht erhalten bleibt. Der direkte Lohnraub mußte von den Kohlenbaronen unter dem Druck des Massenstreiks fallen gelassen werden.

Die reformistische Bürokratie hat sofort eine riesige Kampagne für die Annahme dieses Schandabkommens eingeleitet, und der Gewerkschaftsbonze Laerhoven erklärte im Zentralrat der Bergarbeitergewerkschaft, man dürfe sich in der Annahme des Regierungsvorschlages nicht hindern lassen durch den Widerstand gewisser Bezirke, „welche auf uns nicht hören wollen". In einer Reihe reformistischer Hochburgen haben die Gewerkschaftsführer sofort Versammlungen einberufen und versuchen, die Kumpels zu überrumpeln. Trotzdem aber ist ein starker Widerstand in allen Bezirken zu verzeichnen.

Die Kommunistische Partei und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition ist unermüdlich tätig, um das reformistische Verratsmanöver zu entlarven und die Verbreiterung des Streiks bis zum endgültigen Sieg zu propagieren.

„Verwendung des deutschen Volkes als Armee des Antisowjetkrieges"

Die „Humanité" zu den deutsch-französischen Rüstungsverhandlungen

Paris, 5. September. Unser französisches Bruderorgan, die „Humanité", nimmt ausführlich zu dem deutschen Aufrüstungsvorschlag Stellung und schreibt dazu:

„Das deutsche Memorandum war bereits seit mehreren Wochen angekündigt und ohne Zweifel war das Studium dieses Memorandums bereits das Objekt der französisch-englischen Verhandlungen in Jersey. In Wirklichkeit ist das Problem nicht, zu wissen, wie man Deutschland an der Aufrüstung hindern kann. Man weiß sehr gut in Paris und in London, in Paris noch mehr als in London, daß dies ein unmögliches Unterfangen ist.

In Wirklichkeit steht die Frage so, Deutschland zu veranlassen, daß es sich seiner Waffen nur zu einem bestimmten Zweck bedient, daß es sie nur nach den Befehlen der französischen Regierung anwendet, d. h. gegen das Sowjetproletariat . . .

Und das genügt, um der Entente Cordiale seine wirkliche Bedeutung zu verleihen. Die Bedeutung nämlich eines Kompromisses zur Ausplünderung Zentraleuropas, für die Erhaltung des französischen Militarismus und für die Verwendung des deutschen Volkes als Soldaten des Antisowjetkrieges . . ."

Bezeichnender Weise vermeidet die französische Regierung auch jede öffentliche Kritik des deutschen Rüstungsvorstoßes und gibt auch keine Mitteilung über die betreffenden Verhandlungen im Ministerrat bekannt. Auch die Ruhe der polnischen Presse, insbesondere der Regierungspresse, fällt auf. Der „Kurjer Polski" z. B. schreibt, die Rüstungsfrage müßte bereits als zugunsten Deutschlands entschieden betrachtet werden. Und die regierungsoffiziöse „Gazeta Polska" kommentiert fast kritiklos die deutschen Aufrüstungspläne. Die Berliner Korrespondenten der polnischen Blätter melden heute mit merkwürdiger Uebereinstimmung — es wird wohl ein zentraler Tip von Berlin vorliegen —, an den zuständigen deutschen Stellen sehe man die Korridorfrage zur Zeit durchaus nicht als aktuell an und strebe auch sonst nach Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen. Auf gut deutsch heißt das nichts anderes, als daß der deutsche Imperialismus nicht nur ein Bündnis mit Frankreich, sondern auch mit Polen anstrebt und dafür sogar bereit ist, auf alle Ansprüche im Korridor formell zu verzichten. Dieser heiligen Alliance des Antisowjetkrieges muß das deutsche Proletariat die geeinte Front der Antifaschistischen Aktion entgegenstellen.

Streiksieg in Gdingen

Hafenarbeiter erkämpfen Lohnerhöhung trotz schärfstem Staatsterror

Gdingen, 5. September. Die Hafenarbeiter von Gdingen haben durch ihren geschlossenen, mit gewaltiger Kühnheit geführten Streik einen vollen Sieg errungen. Obwohl die gesamte Staatsgewalt gegen die Streikenden eingesetzt wurde, obwohl man Marinesoldaten zu Streikbrucharbeiten herangezogen hat, ist es den Hafenarbeitern gelungen, eine Lohnerhöhung von 15 Groschen pro Stunde zu erringen. Der Stundenlohn beträgt jetzt 1,25 Sloty gegenüber dem früheren Stundenlohn von 1,10.

Dieser Sieg der Hafenarbeiter von Gdingen hat eine um so höhere Bedeutung, als sich dieser Streik in dem kriegswichtigen Hafen des polnischen Imperialismus abspielte und somit seine Schläge nicht nur gegen die Unternehmer, sondern in hervorragender Weise gegen den faschistischen Staatsapparat richtete.

★

In Chorzow in Polnisch-Oberschlesien fand eine riesige Demonstration der Belegschaft der stillgelegten Laura-Grube statt. Etwa 2000 Arbeiter demonstrierten gegen die Stillegung und zogen geschlossen nach der Grube, um die Arbeit wieder aufzunehmen. An der Eisenbahnbrücke stellte sich den Arbeitern ein großes Polizeiaufgebot entgegen, das unter Anwendung brutalster Gewalt die Demonstration auseinanderschlug. der Ortskrankenkasse, wo die Demonstranten, um sich vor den Polizeibrutalitäten zu schützen, in die Büros eindrangen und sich dort verbarrikadierten.

Der Jugendtag im faschistischen Polen

Polizei erschießt eine Arbeiterin

Warschau, 5. September. Der Internationale Jugendtag fand in Warschau, trotz blutigsten Terrors, unter außerordentlich starker Beteiligung der Jungarbeiter statt. Große Demonstrationen durchzogen die Arbeiterviertel der Hauptstadt, wobei es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei kam. Als die Arbeiter einen verhafteten Jungkommunisten zu befreien suchten, griffen die Polizisten zur Schußwaffe und gaben eine Salve auf die Menge ab, wobei eine Arbeiterin getötet wurde.

Negermutter Ada Wright in Prag verhaftet

Prag, 5. September. In Prag wurde der Sekretär der Roten Hilfe Engdal und Frau Ada Wright verhaftet. Die Versammlung, auf der die beiden sprechen sollten, ist verboten worden. Engdal und Frau Wright waren als Privatpersonen herübergekommen, um den Protest gegen die Todesurteile an den sechs Neger-Jungarbeitern auch in der Tschechoslowakei zu verbreitern.

Wir fordern sofortige Einberufung des Reichstages

Die nationalsozialistischen Büttel der Papen-Regierung in der Zange

Berlin, 5. September. Um den Regierungs- und Postenkuhhandel zwischen Nazis, Zentrum und Papen nicht zu stören, will der Nazi-Reichstagspräsident Göring entgegen den Beschlüssen des Aeltestenrates den Reichstag nicht zum 8. September einberufen. Damit entlarven sich die Nazis trotz ihres verlogenen „Oppositions"geschreies als bewußte Helfershelfer der Papen-Regierung. Durch diese Rechnung auf Kosten der werktätigen Opfer der Papen-Notverordnung hat nun die kommunistische Reichstagsfraktion mit folgenden Anträgen einen Strich gemacht:

Gegen die Verschleppungsmanöver der Nazis

An den Herrn Reichstagspräsidenten Göring.

Die unterzeichneten Mitglieder des Aeltestenrates beantragen hiermit die sofortige Einberufung des Aeltestenrates zur Stellungnahme zu beiliegendem Antrage der kommunistischen Reichstagsfraktion auf sofortige Einberufung des Reichstages.

Torgler, Rädel, Jaddasch.

Für die Forderungen der Werktätigen

An den Herrn Reichstagspräsidenten Göring.

In der Aeltestenratssitzung am Dienstag, dem 30. August, wurde als Termin für den nächsten Zusammentritt des Reichstagsplenums Donnerstag, der 8. September 1932, in Aussicht genommen. Bisher ist nun eine Einladung zur Sitzung des Plenums nicht erfolgt, auch scheint nicht die Absicht zu bestehen, den Reichstag für diese oder sogar für nächste Woche einzuberufen.

Im Auftrage sämtlicher Mitglieder der kommunistischen Reichstagsfraktion beantrage ich hiermit, den Reichstag für Donnerstag, den 8. September, nachmittags 3 Uhr, einzuberufen und auf die Tagesordnung zu setzen:

1. **Politische Erklärung der Reichsregierung; damit verbunden die Mißtrauensanträge der kommunistischen Reichstagsfraktion gegen die Regierung und gegen einzelne Mitglieder der Regierung.**
2. **Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung; damit verbunden die Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion auf Aufhebung der Notverordnungen der Papen-Regierung.**
3. **Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion (Nr. 52 der Plenardrucksachen) auf Aufhebung der Notverordnung über die Bildung von Sondergerichten sowie Aufhebung der bisher von den Sondergerichten verhängten Urteile.**

Torgler.

Gegen Lausanner Tributpakt und Kriegsrüstung

An den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses,
Herrn Abgeordneten Dr. Frick.

Die unterzeichneten Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses beantragen hiermit die sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses, und zwar mit folgender Tagesordnung:

1. Besprechung der Note der deutschen Reichsregierung zur Rüstungsfrage.
2. Erklärung der Reichsregierung über den Tributplan von Lausanne und Aussprache darüber.

Schehr, Neubauer, Schneller, Münzenberg.

Demonstrationen am Jugendtag

Im ganzen Reich Kundgebungen und Demonstrationen der Jungarbeiter

Zum 18. Internationalen Jugendtag fanden im ganzen Reiche Demonstrationen und Kundgebungen der ausgebeuteten Proletarierjugend statt. In hunderten überfüllten Versammlungen und ebensovielen Demonstrationen, die meist von der Polizei verboten waren, demonstrierte die arbeitende Jugend in Deutschland ihren Kampfwillen gegen das herrschende System und für den Sozialismus.

In Berlin hatten die Jugenddemonstrationen einen besonderen Charakter als Gegenaufmarsch gegen den faschistischen Stahlhelm. Fast in allen Arbeitervierteln fanden am Sonntag Demonstrationen der Jungarbeiter statt. In der Invalidenstraße, Gartenstraße, Andreasstraße, Breslauer Straße, Potsdamer Straße, auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz, in der Grunewaldstraße und in der Hauptstraße in Schöneberg wurden Demonstrationen durchgeführt. Nur einige von ihnen löste die Polizei mit dem Gummiknüppel auf, die anderen wurden ungestört zu Ende geführt.

In Hamburg demonstrierten in den Stadtteilen Eimsbüttel, Zentrum, Barmbeck und Hammerbrook insgesamt 1500 Jungarbeiter mit Transparenten durch die Arbeiterviertel. An mehreren Stellen sprachen Jungarbeiter. Die Polizei erschien erst nach Auflösung der Demonstrationen. In Altona zog ein Demonstrationszug von etwa 1500 Jungarbeitern durch die Hauptstraßen. Weitere Demonstrationen an der Wasserkante wurden in Kiel, Neumünster, Lübeck, Harburg und Elmshorn durchgeführt.

Eine Riesenkundgebung zum Internationalen Jugendtag fand im größten Saale Stuttgarts statt. Sonntags demonstrierten zahlreiche Jungarbeiter in den Arbeitervierteln.

Weitere Demonstrationen und Kundgebungen wurden in Chemnitz, Königsberg, Hannover, Kassel, Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg, Görlitz, Pforzheim und zahlreichen anderen Orten Deutschlands durchgeführt.

Gewerkschafter rufen zum Kampf

Streikbrecherischer Gewerkschaftsbürokrat muß aus Möbeltransporter-Versammlung flüchten

Am Sonnabend hielten die freigewerkschaftlich organisierten Möbeltransportarbeiter ihre Vollversammlung ab. Der Tarifvertrag war am 31. August abgelaufen. Da aber Mitte September die Hauptumzugszeit ist, hat die Gewerkschaftsbürokratie den Tarifvertrag um einen Monat verlängert. Sie hilft damit den Unternehmern, über die Hauptkonjunkturzeit hinwegzukommen.

Schon darüber war die Empörung der Kollegen ungeheuer groß. Sie wuchs, als noch bekannt wurde, daß der anwesende Gewerkschaftsangestellte und Branchenberater Felsch beim letzten Streik der Möbeltransportarbeiter einen Kollegen zur Streikbrucharbeit bei einer Firma bestellt hat. Felsch mußte zugeben, daß er tatsächlich der Firma die Erlaubnis gegeben habe, mit Hilfe eines Kollegen einen Umzug durchzuführen, und daß er sogar erklärte, wenn der Kollege sich weigere, werde er der Arbeitsstelle verlustig gehen.

Jetzt brach ein Entrüstungssturm aus. Mit Mühe und Not entging der Streikbruchorganisator einer Abreibung. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, der sofortigen Ausschluß aus der Branche und aus dem Gesamtverband fordert. Als Felsch noch Miene machte, weiter in der Versammlung zu bleiben, steigerte sich der Entrüstungssturm so, daß er durch eine Seitentür die Flucht ergreifen mußte.

Wie wir erfahren, ist Felsch noch Branchenberater bei den Kohlen- und Speditionsarbeitern. Die Kollegen dieser Branchen dürfen keinesfalls dulden, daß sich dieser Streikbrecher etwa noch in ihren Versammlungen sehen lassen kann. Sie müssen ebenfalls sofort Ausschlußbeschlüsse fassen.

Die Versammlung der Möbeltransportarbeiter beschloß sodann einstimmig, mit allen Mitteln den Kampf zu organisieren für die Erringung eines Tagelohns von 9,80 Mark für die unständig Beschäftigten und entsprechenden Wochenlohn für die ständigen Arbeiter.

Schließlich nahmen die Kollegen ausführlich Stellung zu dem Lohnabbau, der durch Papens Notverordnung droht. Einstimmig faßten sie folgende

Entschließung:

„Der von Papen angekündigte Zwölfmonatsplan sieht eine ungeheure Verschlechterung der Lebenslage der arbeitenden Klasse vor. Der ADGB. führt den Kampf dagegen nur mit papierenen Resolutionen und schwächt somit die Kampfkraft der Arbeiterklasse.

Wir fordern alle Arbeiter auf, jeden weiteren Lohnabbau durch Streik zu verhindern."

Mobilmachung gegen Tarifzerschlagung

Donnerstag, den 8. September, um 19.30 Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstraße

Konferenz aller Berliner Einheitsausschüsse, Betriebsräte und Erwerbslosenausschüsse

Sofort alles mobilmachen! — Kein Betriebsrat, kein Einheitsausschuß, kein Erwerbslosenausschuß darf fehlen!

Heraus mit der Sprache, ihr SPD.-Führer!

Geheimnisvolle Unterredung Loebes mit Papen

Die SPD.-Presse hat unsere Meldung über den Krach in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht zu bestreiten gewagt. Der „Vorwärts" hat mit ein paar lächerlichen Witzen darüber hinweg zu täuschen versucht, daß es zu den heftigsten Zusammenstößen in der SPD.-Reichstagsfraktion kam. Wir sind heute in der Lage, weitere Mitteilungen über die Ursachen des Führerkrachs zu machen.

Schon zu Beginn der Diskussion wurde mitgeteilt, daß Loebe eine längere Unterredung mit Papen hatte, in der die Haltung der SPD. zum Präsidial-Kabinett besprochen wurde. Zahlreiche Diskussionsredner verlangten, daß Loebe der Reichstagsfraktion Bericht über diese geheimnisvolle Unterredung erstatte. Loebe weigerte sich aber mit den Worten: „Das mache ich nicht. Denn hier ist mir der Rahmen zu groß."

Diese Aeußerung rief einen ungeheuren Proteststurm hervor, den man selbstverständlich nicht ernst nehmen kann. Aber was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter zu den geheimen Verhandlungen Löbes mit dem Reichskanzler von Papen? Was wurde hinter den verschlossenen Türen abgemacht? Handelt es sich bei diesen Besprechungen darum, „die Fäden zur Sozialdemokratie nicht abreißen zu lassen" wie es eine dem General von Schleicher nahestehende Zeitschrift vor kurzem forderte?

Heraus mit der Sprache, ihr Herren SPD.-Führer! Wenn ihr glaubt, die deutschen Arbeiter genau so vor den Karren der Papen-Schleicher-Regierung spannen zu können, wie ihr es bei der Brüning-Regierung fertiggebracht habt, dann seid ihr schwer auf dem Holzwege!

Streik!

Düsseldorf, 5. September (Eig. Drahtmeldung). In Volmetal sind 2600 Pflichtarbeiter heute früh in den Streik getreten.

Gefängnis für Verteidiger von antifaschistischen Arbeitern

Braunschweig, 5. September. Das Schnellgericht in Blankenburg im Harz verurteilte den Rechtsanwalt Frank aus Braunschweig wegen angeblicher „böswilliger Nachrede" zu 1 Monat Gefängnis. Diesem Urteil liegt folgender Tatbestand zugrunde:

Rechtsanwalt Frank hatte am Freitag fünf kommunistische Arbeiter verteidigt, von denen ein Polizeibeamter als Zeuge behauptete, sie hätten auf die Polizisten eingeschlagen. In seiner Verteidigungsrede hatte der Rechtsanwalt die Polizeibeamten scharf angegriffen und erklärt, eigentlich gehörten die Polizeibeamten auf die Anklagebank.

Wegen dieser Rede leitete der Staatsanwalt sofort ein Schnellgerichtsverfahren wegen Beleidigung der Polizeibeamten ein. Das Schnellgericht verurteilte den Rechtsanwalt, der selbstverständlich Berufung einlegte, zu 1 Monat Gefängnis.

Dieses Urteil muß die ganze Arbeiterschaft alarmieren. Es bedeutet nichts anderes als einen Angriff gegen die Verteidigung revolutionärer Arbeiter. Selbst die bürgerliche Presse nennt das Urteil einen „völligen Bruch mit der bisherigen Rechtsprechung". Das Urteil gegen den Rechtsanwalt Frank liegt auf derselben Linie wie das Vorgehen des Berliner Schwurgerichts gegen den Rechtsanwalt Litten. Den Verteidigern der Roten Hilfe soll mit allen Methoden die Verteidigung angeklagter Arbeiter unmöglich gemacht werden.

Lauft überall sofort Sturm gegen dieses Urteil! Verstärkt den Kampf gegen die Sondergerichtsjustiz!

Günstige Lage im Maßschneider-Streik

Von der Streikleitung der Maßschneider wird uns geschrieben:

Der Streik dauert unvermindert fort. Es befinden sich bis jetzt sieben Firmen im Streik. Die Unternehmer haben in den letzten Tagen vor Ablauf des Tarifs die Arbeit künstlich zurückgehalten, um sie ab 1. September zu den niedrigeren Löhnen fertigstellen zu lassen. Durch den Streik sind sie in arge Bedrängnis geraten.

Die Zentrale Streikleitung legt Wert darauf, festzustellen, daß an dem Streik die Kollegen aller Organisationen geschlossen teilnehmen. Sie haben von sich aus gemeinsam den Streik beschlossen, um den Abbau der Löhne abzuwehren. Die Führung des Streiks liegt allein in den Händen der in den Betrieben selbst gewählten Streikleitungen.

Proteststurm gegen die Sondergerichte!

Heraus mit den proletarisch-politischen Gefangenen!

Täglich häufen sich die Protestentschließungen aus Berliner Betrieben in unserer Redaktion. Ein Zeichen, daß die Protestbewegung gegen die Sondergerichtsjustiz immer weitere Kreise erfaßt. Von besonderer Bedeutung dabei ist, daß die meisten Resolutionen nicht einfach durch Handaufheben angenommen wurden, sondern daß die Arbeiter unterschriftlich ihren Kampfwillen gegen die Sondergerichte bekunden. Solche Resolutionen liegen uns heute aus folgenden Betrieben vor:

Mitropa, Karlshorst; Rangierwerk Rummelsburg; Wasserwerk, Landsberger Allee; Kirstein, Radtke & Co.; Betriebswerkstatt U-Bahnhof Friedrichsfelde; einige Abteilungen der AEG. Treptow; BVG., Bahnhof 24 und die Bahnmeistereien 7 und 8; Radge, Berliner Furniermesserei; Behala, Ostbahnhof; Wasserwerk Augustastraße; Deutsche Christalate AG., Weesen, Neukölln.

Außerdem wurde vom Touristenverein „Naturfreunde", Gruppe Vineta-Platz-Schönhauser Vorstadt, in der letzten Mitgliederversammlung ein scharfer Protest gegen das Ohlauer Urteil und das Berliner Urteil an dem Jungarbeiter Schmidtke beschlossen.

Verstärkt den Proteststurm! Kein Betrieb, keine Gewerkschaft, keine proletarische Organisation ohne Protestbeschlüsse!

Stahlhelmparade vor Papen

Der Kriegsrummel auf dem Tempelhofer Feld — Prinzen, Generale, Direktoren und Regierungsvertreter — Liebknecht-Mörder und Heimwehr-Faschisten — Soldaten ohne Begeisterung — Protestkundgebungen der antifaschistischen Arbeiterschaft

Als die grauen Bataillone des Roten Frontkämpferbundes damals, als Severing noch nicht die Uniformen verboten hatte, in Berlin marschierte, jubelte das ganze werktätige Berlin. Da zogen in allen Arbeitervierteln die Kolonnen der Soldaten der roten Klassenfront durch Menschenmauern. Kein RFB.-Mann durstete oder hungerte, der bei der revolutionären Arbeiterschaft Berlins zu Gast war. Man riß sich darum, einen roten Frontkämpfer bewirten zu können.

Wie anders dagegen war es am vergangenen Sonntag, dem sogenannten „Frontsoldatentag" des Stahlhelm. Fast unbeachtet schlichen die mit wilhelminischen Uniformen und Orden behangenen Seldte-Gardisten durch die Straßen. Und wenn es zur Beachtung kam, dann waren es donnernde Niederrufe aus den Fenstern in den Arbeitervierteln und drohende Fäuste an den Straßenecken. Ja, in vielen Bezirken kam es zu spontanen Protestdemonstrationen der Arbeiter. Mit Empörung und unerbittlichem Haß empfing das werktätige Berlin die faschistischen Kriegstreiber.

Die faschistische Presse strotzt von Lügen und Uebertreibungen über den Kriegsrummel auf dem Tempelhofer Flugplatz. Auch die Presse, die sich „linksbürgerlich" nennt, sieht sich bemüßigt, die Stahlhelmparade als ein großes Ereignis für das „nationale Berlin" herauszustreichen. Vier- und fünfstellige Zahlen spielen dabei gar keine Rolle für die mit der faschistischen Reaktion liebäugelnden Pressekulis. Das Hugenbergblatt „Der Montag" gibt 150 000 Stahlhelmer an. Der „Montag Morgen" hat 180 000 „gesehen". Das „12-Uhr-Mittagsblatt" lobt das Geschäft und jubelt, 128 000 Bockwürste sind verzehrt worden, 25 Feldküchen haben Tee ausgeschenkt und Bolle war mit 25 Milchwagen vertreten.

Ein Geschäft für Koschwitz und Bolle

„Allein", so schreibt dieses Blatt, „im Flughafenrestaurant, auf dessen Terrasse alle prominenten Gäste, die Reichsminister eingeschlossen, Platz genommen hatten, wurden etwa 3000 Liter und 30 000 Flaschen Bier verkauft." In der Tat, alle Achtung. Auf alle Fälle ein Geschäft, besonders für die Bockwurst-Firma Koschwitz und für Bolle.

„Hoheiten" noch und noch

Eine ganze Panoptikum-Sammlung von wilhelminischen Generalen und Offizieren hatte sich in Tempelhof ein Stelldichein gegeben. Allerorts funkelten da die Pickelhauben und die Klempnerläden in der Sonne. Manch Stahlhelmmuschkote hat ein erstauntes Gesicht gemacht über so eine stattliche Anzahl Offiziere und Generale, die er dazumal in den Schützengräben nie gesehen hat.

Ein günstiger Wind hat uns die Liste der „Ehrengäste" auf den Tisch geweht. Rund 160 Stück. Da lesen wir: Hauptmann, Major, Leutnant, General, Seine kaiserliche Hoheit, Ihre kaiserliche Hoheit, Frau von, Herr von, Seine Exellenz, Oberst, Freiherr, Grafen und Barone noch und noch.

Auf der Flughafenterrasse, wo der Platz 3 Mark kostete, waren sie auch zu sehen. Da liefen der Kronprinz, der Generalissimus Mackensen usw. in prunkvollen Uniformen umher. Ferner sah man unter den „Ehrengästen" die Liebknecht-Mörder Pflugk-Hartung, die Heimwehr-Putschisten Pabst und Starhemberg. Auch ausländische Faschisten hatten sich die „nationalen Erneuerer" hergeholt. Ungarische und italienische Faschisten.

Zu den Ehrengästen zählten auch viele Bankiers, Landwirte und Industrielle. Unter anderen Rudolf Blohm, Hamburg; Beihge, der 2. Präsident des Reichslandbundes; Dr. Jacob Herrle, der Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie; Bankdirektor Reinhart.

Ehrengäste von der Reichsregierung

Mit dieser Galerie zusammen nahmen Vertreter der Reichs- und Preußenregierung, ebenfalls als „Ehrengäste" erschienen, die Parade ab. Reichskanzler von Papen, Reichswehrminister von Schleicher, Reichsinnenminister von Gayl, Preußenkommissar Dr. Bracht, Staatssekretär Planck und zahlreiche andere Mitglieder der Regierung und Reichswehrgenerale standen zusammen mit Seldte und Duesterberg.

... und die „Gemeinen"?

Inzwischen klappten die gemeinen Soldaten auf dem Tempelhofer Feld müde und abgespannt den Parademarsch. Mißmutig waren ihre Gesichter. Nicht die geringste Begeisterung war ihnen anzumerken. Viele waren 24 Stunden ohne Schlaf unterwegs. Quartiere, sowie man ihnen vorerzählt hat, gab es nicht in Berlin. Keine Erfrischung wurde ihnen gereicht. Auf den städtischen Gütern rings um Berlin haben sie in der Nacht auf Stroh gefroren.

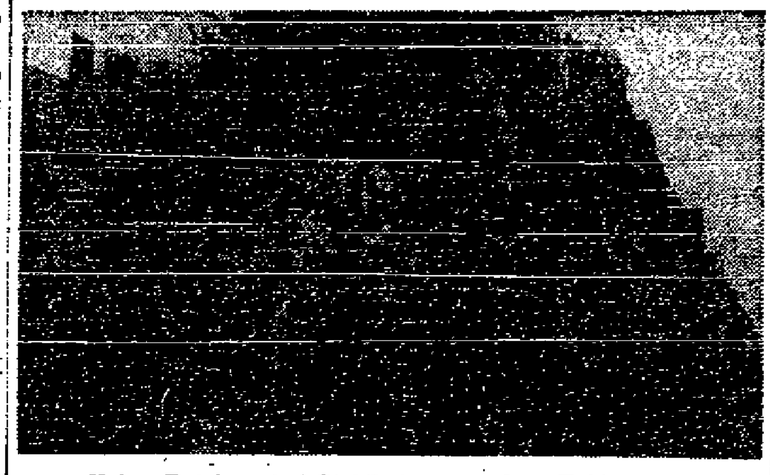
Während da oben auf der Terrasse, auf dem 3-Mark-Platz die Stahlhelmbonzen, die Hoheiten, Generale usw. sich labten, saßen die Muschkoten auf dem nassen Rasen und warteten, bis sie drankommen, an den glitzernden Uniformen vorbeizumarschieren. Neben den vielen Bauern- und Kleinbürgersöhnen sah man viele Landarbeiter, die von ihren Gutsbesitzern in den grauen Stahlhelmrock gezwungen sind.

Sie wissen nicht, wofür sie marschieren. Aber der Empfang in Berlin gab manch einem zu denken.

Frontsoldaten nennt ihr euch, Stahlhelmproleten. Am Sonntag seid ihr vor und für Papen marschiert. Die Notverordnungen Papens bauen den Frontsoldaten die Renten, den Arbeitern den Lohn und den Erwerbslosen die Unterstützung ab. Die Stahlhelmbonzen hetzen zu neuem Krieg, zu neuem imperialistischen Massenmord. Du trägst deine eigene Schlachtbank auf dem Rücken, Stahlhelmproletarier. Im Stahlhelm marschierst du gegen deine eigene Klasse. Raus aus dem feindlichen Lager, her zu uns, zur roten Klassenfront gegen Barone und Generale, für die Freiheit der Arbeiter und Bauern, für Arbeit und Brot! Das ist es, was das rote Berlin dem gemeinen Stahlhelmmann am Sonntag sagte und immer wieder sagen wird.

★

Was die Zahl der Teilnehmer anbetrifft, erfahren wir aus sicherer Quelle, daß auf einer Sitzung der Gauführer des Stahlhelms nur 83 000 angegeben wurden. In der Presse jedoch wird dreist gelogen, es hätten sich 197 000 Stahlhelmer beteiligt. Wir haben die einzelnen Züge, die nach Tempelhof marschiert sind, gezählt und dabei festgestellt, daß in Berlin höchstens etwas über 70 000 uniformierte Stahlhelmer anwesend waren.



Keine Reichswehr, Stahlhelm mit alten Feldmützen

Das war der „Jubel"

Besonders die Hugenberg-Presse will viel Jubel über die „Frontsoldaten" in Berlin gehört haben. Wie dieser Jubel ausgesehen hat, charakterisieren folgende Tatsachen am besten:

Danach befragt, wie es ihm in Berlin gefällt, antwortete ein Stahlhelmmann aus Sachsen auf dem Tempelhofer Feld: „Is so gihle in Berlin." „Wieso, is doch nich kalt!" „Ne, ne, das Wedder niche, abr die Mänschen sind so gihle."

Während der Parade auf dem Tempelhofer Feld war auch nichts von Begeisterung zu merken. Höchstens ein paar Stahlhelmjungfrauen winkten gerührt mit ihren Tüchern. Interessant sind die Bemerkungen unter den Zuschauern. Zwei, einer in Zivil, der andere in Uniform, unterhalten sich auf Gartenstühlen stehend und die Hälse ausreckend, angeregt: „Aeh, mehr Richtung. Da ham se son Kleinen reingesteckt in die Reihe." „Die marschieren ganz gut." „Jetzt kommt mein Gau." „Waren Sie eigentlich damals auch in Halle dabei?" „Da haben sie uns doch so furchtbar mit Pflastersteinen beworfen."

„Ah, Marine!" kreischt eine Stimme plötzlich dazwischen. Ja, 12 Männekens. Jungsche Karotten, wie der Berliner sagt, in Matrosenanzüge gesteckt. Vorneweg einer mit Goldtressen und in Blau. Den Kopf hat er so hoch, daß es ihm in die Nasenlöcher regnen kann.

„Verflucht", knurrt ein Stahlhelmmann. „Nicht mal was zu fressen und 'n anständiges Quartier. Berlin is doch Scheiße."

Endlos könnten wir von dieser „Begeisterung" berichten.

★

Bei den An- und Abmärschen kam es wiederholt zu Zusammenstößen mit Arbeitern. So wird uns berichtet, daß am Sachsendamm von unbekannter Hand Jauchetonnen aus den Laubenkolonien in mehreren Metern Länge umgekippt waren. Ein mehrere tausend Mann starker Stahlhelmzug mußte darüber hinwegstampfen. Gegen ½8 Uhr soll an der Ecke Gneisenau- und Nostitzstraße ein Stahlhelmauto mit Steinen bombardiert worden sein. In der Schönhauser Allee wurde ein Feuerwerkskörper in einen marschierenden Stahlhelmzug geworfen. Zu Zusammenstöße und Protestkundgebungen kam es fast in allen Stadtteilen. Die Polizei hat 49 Personen festgenommen, von denen sich 13 noch in Haft befinden.

Ein Erwerbsloser hat sich erhängt

Mit einem Pfennig und der Stempelkarte in der Tasche bei Frohnau tot aufgefunden

Gestern fanden Arbeiter in der Heide bei Frohnau einen etwa 50jährigen Mann erhängt auf. In seinen Taschen fanden sie eine Stempelkarte und einen Pfennig. Es handelt sich um den Arbeiter Schiemanski aus Glienicke.

Diese furchtbare Elendstragödie des Erwerbslosen Schiemanski wurde um die Zeit entdeckt, als gerade die neuen Notverordnungen der Papen-Regierung unterzeichnet wurden.

Wer war Schiemanski? Er wohnte früher in der Sprengelstraße 4, auf dem Wedding. Als er dann erwerbslos wurde und die Unterstützung immer weniger wurde, da reichte es nicht mehr für die Miete. Schiemanski zog mit seiner Frau nach Glienicke in eine ärmliche Laube. Die Wohnung überließ er seiner Tochter, die inzwischen geheiratet hatte.

Da draußen in der Laube wohnte Schiemanski Winter und Sommer. Im Sommer war es noch etwas erträglicher, denn da fielen die Kohlen fort. Doch im Winter war das Leben in der Laube eine unbeschreibliche Qual.

Schiemanski fürchtete wahrscheinlich wieder die kommenden kalten Wintermonate in der Bretterbude.

Seine Wohlfahrtspfennige sind inzwischen so geschmälert, daß sie nicht einmal für das tägliche Brot reichen. Wo sollte er Kohlen oder Holz hernehmen? Das alles hat Schiemanski zur Verzweiflung gebracht. Und da, in der Nähe der Straße, wo die Stahlhelmer von der Parade vom Tempelhofer Feld kommend, auf Kraftwagen nach Hause ratterten, hat der ehemalige Frontsoldat, der Erwerbslose Schiemanski, sich einen Strick um den Hals gelegt.

Heraus mit den Felseneck-Kolonisten!

Soll der Prozeß der Sonderjustiz ausgeliefert werden? — Protest der Verteidiger

Bei dem noch ungewissen weiteren Schicksal des Felseneck-Prozesses, wobei die angeklagten Kolonisten geradezu unerträglich geschädigt werden können, erheben wir als Wichtigstes, nochmals die Forderungen, sie sofort aus der Haft zu entlassen.

Wir hatten bereits kurz mitgeteilt, daß der Prozeß, der sich bereits 4½ Monate hinauszögert, durch das Ausscheiden der Richter Bode und Kuhlo aufgeflogen ist. Unmittelbarer Anlaß zum Ausscheiden der Richter war die Entscheidung des Kammergerichts, daß der Ausschluß Littens, des Verteidigers der angeklagten Kolonisten, aufzuheben sei. Ihr Ausscheiden begründen die Richter damit, daß Mißtrauen gegen ihre Unparteilichkeit entstehen könne (!).

Seit 4½ Monaten dauern bereits die Verhandlungen in diesem Prozeß, dessen Kosten bisher 50 000 Mark betragen und dem der bewaffnete Ueberfall von nahezu 200 Nazibanditen auf die Kolonie Felseneck voranging. Von den 200 Nazis sitzen nur sechs, dafür aber 18 Arbeiter auf der Anklagebank.

Zehn Kolonisten sind seit annähernd acht Monaten in Untersuchungshaft.

Selbst das „Tempo" muß zu den Folgen, die die beiden ausgeschiedenen Richter heraufbeschworen haben, bemerken: „Sie haben also mit ihrem Beschluß nichts erreicht, als daß sie ... die dagegen wehrlosen Angeklagten zu einem zweiten Prozeß mit allen seinen körperlichen und seelischen Qualen, zu weiterer Haft und noch längerer Nervenprobe verurteilt haben."

Welches ist der Sinn des Ausscheidens von Bode und Kuhlo? Man muß sich die Tatsachen des Naziüberfalls auf Felseneck immer wieder deutlich in Erinnerung rufen und dann den Verlauf des Prozesses damit vergleichen, um zu ermessen, was es mit dieser Prozeßführung auf sich hatte. Es stand in diesem Prozeß nicht günstig für die Nazis. Etwa um die gleiche Zeit, als der Nazistaatsanwalt v. Steinäcker zweierlei Recht für die Nazis und die Kommunisten forderte, schloß der Landgerichtsdirektor Bode den Verteidiger Litten von der Verteidigung aus. Er hatte Mißerfolg damit. Jetzt ist er besorgt, er könne als befangen angesehen werden. Noch vor sechs Wochen aber hatte Litten den beiden Richtern Bode und Kuhlo nahegelegt, die Frage ihrer Befangenheit zu prüfen; damals führten sie die Verhandlung weiter und hatten nicht jene „Besorgnis".

Man fragt unwillkürlich: Verfolgen die beiden Richter mit ihrem jetzigen Ausscheiden ein besonderes Ziel? Wünschen sie etwa, daß der Felseneck-Prozeß, in dem wir die Rolle Bodes oft genug beleuchteten, jetzt an ein Sondergericht verwiesen wird? In einer gestern abgegebenen Erklärung der Felseneck-Verteidiger heißt es:

„Die Begründung des Beschlusses, der das Aufschieben des Prozesses zur Folge hat, ist juristisch unhaltbar und verschleiert die wahre Absicht, entgegen dem Beschluß des Kammergerichts, die Verhandlung mit einem mißliebigen Verteidiger nicht fortzusetzen."

Die Verteidiger fordern durchgreifende Maßnahmen gegen die verantwortlichen Richter und die schleunigste Weiterführung des Prozesses.

Rechtsanwalt Litten, der in unnachgiebiger Schärfe für die überfallenen und hinterher angeklagten Kolonisten sich einsetzte, verfolgte damit zweifellos eine andere Linie als der Landgerichtsdirektor Bode. Die Maßnahmen Bodes gegen Litten richteten sich darum indirekt auch gegen die angeklagten Kolonisten.

Die 6. Bezirkskonferenz der Roten Hilfe

1500 Delegierte im Märchenbrunnen — Eine Kampfkonferenz gegen den Faschismus

Am 3. und 4. September tagte in Berlin die 6. Bezirkskonferenz der Roten Hilfe. Der große Saal des „Märchenbrunnen" war von 1500 Delegierten gefüllt. Die Konferenz war getragen vom prächtigen Kampfwillen der Roten-Hilfe-Funktionäre für die proletarischen politischen Gefangenen und zeigte den Vormarsch dieser stolzen Organisation proletarischer Solidarität, die heute in Berlin-Brandenburg 95 000 Mitglieder zählt.

Die Angehörigen unserer Gefangenen auf dem Kongreß der Roten Hilfe

Nach der Annahme einer Protestentschließung gegen die Sondergerichte hielt der Generalsekretär der Roten Hilfe, Genosse Willi Koska, ein Referat, in dem er die politische Situation kennzeichnete und besonders auf die Bedeutung der Sondergerichtsjustiz einging. Genosse Koska schloß mit dem Appell an die Sammlung aller Arbeiter zum Kampf gegen den Faschismus, gegen diese Justiz unter den Fahnen der Antifaschistischen Aktion und der Roten Hilfe heranzugehen.

In der lebendigen Diskussion schilderten viele Funktionäre Erfahrungen und Erfolge im Kampf um die proletarischen Gefangenen. Angehörige der Opfer der Justiz und des faschistischen Terrors kamen zu Wort.

Am Sonntag begrüßten die Vertreter vieler proletarischer Organisationen den Kongreß. Mit brausendem Beifall wurde ein Negerarbeiter begrüßt. Die Leiterin der Roten Hilfe Kaliforniens sprach und forderte die Freilassung des Revolutionärs Mooney. Zahlreiche Begrüßungsschreiben aus Berliner Betrieben wurden verlesen.

Dann tagten die Kommissionen. An der Besprechung der Betriebskommission nahmen 80 Vertreter aus Betrieben teil. AEG.-Ackerstraße, AEG.-Hennigsdorf, Reichspost-Zentralamt, Reichsdruckerei, Eisenbahnausbesserungswerk Tempelhof, BVG., IG.-Farben Premnitz und viele andere waren vertreten.

In den Diskussionen standen u. a. die Richtlinien über Betriebsarbeit und Gewerkschaftsarbeit der Roten Hilfe im Mittelpunkt. Auch hier konnten schon viele Erfolge berichtet werden. So wurden in den letzten Wochen in der graphischen Industrie viele Betriebsgruppen der Roten Hilfe gebildet.

Nach den Kommissionsberatungen fand die Diskussion ihre Fortsetzung. Ueber 30 Delegierte kamen zu Wort. Aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission ist hervorzuheben,

daß 368 Delegierte aus den Betrieben gemeldet waren.

572 Delegierte sind parteilos, 25 gehören der SPD., 6 der SAP., 324 der KPD. und 12 dem Kommunistischen Jugendverband an.

Nach der Annahme mehrerer Entschließungen und Anträge und der Wahl der Bezirksleitung der Roten Hilfe Berlin-Brandenburg wurden Begrüßungsschreiben an den Weltkongreß der IAH. in Moskau, an die verurteilten Reichsbannerarbeiter von Brieg, an den zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilten Jungarbeiter Paul Schmidke verlesen. Begeistert erhoben alle Delegierten und die anwesenden Angehörigen der proletarischen Gefangenen ihre Fäuste für einen antifaschistischen Appell an alle Werktätigen, zum Kampf gegen den Faschismus, für die Befreiung der 9000 proletarischen politischen Gefangenen. Mit dem Lied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit" wurde die bedeutsame Kampfkonferenz der Roten Hilfe Berlin-Brandenburg geschlossen.

Braune „Helden"

(Arbeiterkorrespondenz)

Am Sonnabendvormittag gegen 11½ Uhr wurde vor dem Hause Südende, Halskestraße 42, der 17jährige Jungarbeiter Rolf Bröske von einem 48jährigen Nazi in Uniform, der sich in Begleitung von zwei Radfahrern (ebenfalls Nazis in Zivil) befand, überfallen und zu Boden geschlagen.

Dieser Jungarbeiter, welcher in der SPD. organisiert ist, trug das Drei-Pfeile-Abzeichen, was den Nazi veranlaßte, ihn anzugreifen. Nach dem Ueberfall flüchtete der braune Held in den Schusterladen von Ditberner, Halskestraße 5, der ebenfalls Nazi ist und wurde von demselben versteckt. Als nach einer halben Stunde endlich die Polizei kam und eine Haussuchung bei dem Schuster vornahm, war der Salzsteuersoldat verschwunden, trotzdem er nicht aus dem Laden herauskam. Nachdem die Polizei weg war, wurden Gerüchte laut, daß er bei dem Hauspascha Nazi-Malmström, Halskestraße 5, Unterkunft gefunden haben sollte. Die Anwohner der Halskestraße waren sehr empört wegen dieser gemeinen Nazi-Heldentat.

Wir fordern die Südender werktätige Bevölkerung auf, sich endlich einen Massenselbstschutz zu schaffen in der Antifaschistischen Aktion.

Antikriegskundgebung im roten Osten

Am Donnerstag, dem 8. September, 19 Uhr, in Bökers Festsälen, Weberstraße 17. Alle Betriebe, alle Massenorganisationen, die Betriebs- und Massenselbstschutzstaffeln nehmen teil. Programm: Einleitung, Musik, Fahneneinmarsch; Einleitungsansprache; Musik. Bericht vom Amsterdamer Antikriegskongreß. Es spricht der Kollege Rubin vom Vieh- und Schlachthof. Unkostenbeitrag 10 Pfennig.

Antikriegskomitee Ost.

UNSERE TOTEN

Am 22. August verstarb unser Genosse Julius Mehlbaum infolge eines Gehirnschlages. Die Beisetzung der Asche erfolgt am Donnerstag, dem 8. September, 15.30 Uhr, auf dem Zentralviehhof in Friedrichsfelde.

Marxistische Arbeiterschule

Die Lehrschule für politische Oekonomie wird ab Dienstag, den 6. September, 20 Uhr, wieder weitergeführt. Näheres: Willi Winkler.

Zudesfurz aus dem Bodenfenster

Ein aufregender Vorfall ereignete sich gestern mittag in der Aschaffenburger Str. 6a Ecke Güntzelstraße in Wilmersdorf. Dort war die 36jährige Hausangestellte Nadja Nadler, die in diesem Hause beschäftigt ist, unter einem harmlosen Vorwand auf den Boden gegangen. Sie stürzte sich plötzlich durch ein Bodenfenster auf den Hof, wo sie mit schweren inneren und äußeren Verletzungen liegen blieb und sofort tot war.

Wieder Nazifememord in Berlin?

Zeugen behaupten: „SA.-Mann Gatschke von Nazis erschossen!"

Die wüste Hetze, die vor allem der „Angriff" gegen kommunistische Arbeiter inszenierte, als bei einem Zusammenstoß mit Nazis der SA.-Mann Gatschke am 30. August in Charlottenburg getötet wurde, vermochte von vornherein nicht die Wahrscheinlichkeit zu verdecken, daß Gatschke von seinen eigenen Genossen erschossen worden ist. Während die Polizei, den Angaben des „Angriff" folgend, ihre Ermittlungen gegen Charlottenburger Arbeiter richtete, und bereits 18 Verhaftungen vornahm, hat die „Rote Fahne" eigene Ermittlungen angestellt, die begründeterweise annehmen lassen, daß an Gatschke ein nationalsozialistischer Fememord begangen worden ist.

Wie uns eine Reihe von Zeugen melden, hat der SA.-Mann Gatschke Differenzen mit seiner Leitung gehabt. Differenzen aber mit der Führung des berüchtigten Mordsturms 33 mußten schon von vornherein für ihn eine gewisse Gefahr bedeuten. Gatschke äußerte kurz vor seiner Tötung zu einem Charlottenburger Blumenhändler, er habe keine Lust mehr, in der SA. zu bleiben, ja, er habe sogar an die SA.-Leitung einen Antrag zwecks Austritt gestellt. Es muß also zwischen Gatschke und der Mordsturmleitung eine nicht scharfe Spannung bestanden haben!

Eine Reihe von Umständen am Abend des Zusammenstoßes, wie vor allem auch eine Berücksichtigung der bisherigen Verbrecherpraxis des Sturms 33, lassen eben nur diese eine Wahrscheinlichkeit zu: den Fememord.

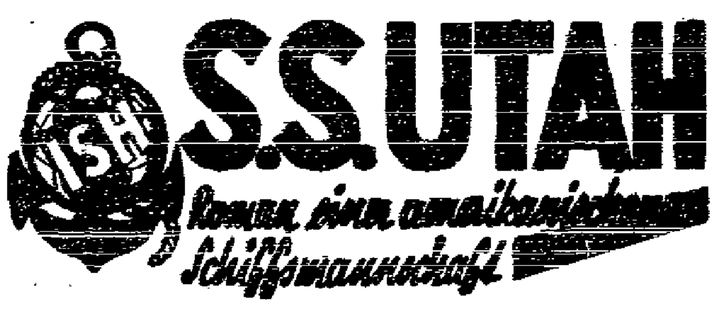
Auf unsere Ermittlungen wurde von Bewohnern, ohne Ausnahme, geantwortet, daß nicht Arbeiter, sondern daß die Nazis sich gegenseitig beschossen haben, daß Schüsse aus dem SA.-Lokal gefallen sind. Und in der Tat, die polizeilichen Durchsuchungen der Nazihöhle förderten ja eine Reihe Revolver und Gummiknüppel der Nazis zu Tage. Für die Aufklärung des Falles ist darum um so bedenklicher, daß keiner der Nazis soweit uns bekannt ist, sich in Haft befindet. Für jene Banden,

die teuflisch unsere unvergessenen Kameraden Grünebert, Schirmer und Lange ermordet haben,

bedeutet eine Bluttat, und auch ein Fememord nur ein weiteres Glied in der Kette ihrer Praxis.

Kurz vor Redaktionsschluß erfahren wir, daß die Polizei jene 18 Arbeiter, die sie unter dem Verdacht der Beteiligung an den Zusammenstoß festgenommen hatte, wieder entlassen mußte. Bei den Aussagen im Polizeipräsidium stellte sich heraus, daß die von der Polizei zusammengebrachten Indizien nicht ausreichten.

Mike Pell:



Copyright by Internationale Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

14. Fortsetzung.

Als sie sich dem Hafen näherten, konnten sie Schiffe aller Nationen erkennen. Da waren Frachtdampfer aus England, Holland, Dänemark, Norwegen, Estland, Schweden; Passagierschiffe und Jachten aus Deutschland und Schweden. Zahllose Leichter, Kähne, Schlepper und Fischer-Fahrzeuge. Sowjetschiffe mit fremden Namen in russischer Schrift. Auf den großen Sowjetwerften wurden Walfischfänger gebaut und neue Motorschiffe mit elektrischen Winschen.

„Kiek mal", gröhlte Barney, „da ist ja der Eisbrecher Krassin. Weiß du, der den Nobile da oben im Eismeer mal aufgefischt hat."

Zerstörer und Patrouillenboote sausten hin und her.

Kleine Fähren, vollbepackt mit Arbeitern, schipperten vorbei. Die Frauen trugen Kopftücher. Einige winkten damit. Die Mannschaft zögerte mit der Antwort. Sie waren so viel Freundlichkeit und Uebermut nicht gewohnt. Auch fühlten sie die Augen des Alten und des Ersten auf sich ruhen, die mit kaltfreundlicher Maske die Szene betrachteten. Bald aber fanden einige Mut und fingen an, den Mädchen auf den Sowjetschiffen zuzuwinken.

„Sehen ganz gut aus, he?" bemerkte Gunnar.

Stanley nickte mit zwinkernden Augen. Frauen, die auf Schiffen arbeiteten, waren ihm ein ganz neuer Genuß. „Sag mal, arbeiten auf diesen Sowjetschiffen auch Frauen an Deck?"

„Klar", antwortete Gunnar, trotzdem er nichts davon wußte. „Die haben sogar Weiber als Steuerleute!"

„Oh boy, mich für'n Sowjetschiff!"

Sie dampften weiter. Endlose Schiffsreihen. Holz, Maschinen, Häute, Blei, Eisenerze, Lumpen, Eisenbahnmaterial, Melonen — alles mögliche wurde hier geladen und gelöscht.

„Hol's der Henker", meinte Blacky. „Dies ist der geschäftigste Hafen, den wir bisher angelaufen haben."

Als das Schiff festgemacht wurde, war es schon sehr spät. Dazu regnete es so schwer, daß die Leute trotz aller Ungeduld nicht mehr an Land gehen konnten.

Als am nächsten Tage mittags die Leute beim Essen saßen, hörten sie eine fröhliche Stimme: „Hallo, Genossen, Willkommen in der Sowjetunion!"

Es war ein Delegierter des Internationalen Seemannsklubs in Leningrad.

„Hier sind Zeitungen für euch! Neuigkeiten von den Staaten und auch über die Dinge hier bei uns." Damit übergab er ihnen einen Schwung Zeitungen in englischer Sprache, die in Moskau erschienen.

„Sind die letzten Fußballergebnisse drin?" fragte Blacky.

„Jawohl, ebenso die letzten Ergebnisse vom Fünfjahrplan. Und vergeßt nicht, heute abend zum Klub zu kommen, Kerls, da gibt's Tanz!"

„Ja?" fragte der Pole. „Was kostet das, um rein zu kommen?"

„Nichts. Es ist dein Klub."

„Wieso, mein Klub?"

„Es ist dein Klub und sein Klub und mein Klub. Der Klub der Seeleute aller Nationen."

Der Pole sagte nichts weiter. Er schöpfte Verdacht.

„Sag mal, Genosse", rief Gunnar. „Die Schauerleute hier sehen nicht sehr wohlhabend aus. Wie kommt es, daß sie nicht besser angezogen sind?"

„Es freut mich, daß du diese Frage stellst."

Der Delegierte wandte sich jetzt an die ganze Gruppe in der Messe:

„Genossen, laßt mich euch einiges erklären, ehe ihr in der Sowjetunion an Land geht. Ihr seid gerade aus Amerika und aus anderen kapitalistischen Ländern gekommen, wo die Bourgeoisie jahrhundertelang durch Arbeiterhände schöne Gebäude, schöne Straßen und schöne Städte für sich selber bauen ließ. Diese modernen Gebäude, die mit Luxusartikeln gefüllten Schaufenster und all die Sachen, die von der Arbeiterklasse produziert wurden, die aber die Bourgeoisie sich angeeignet hat, blenden die Augen der Arbeiter. Und auch die Hirne der Arbeiter wurden verwirrt durch die Schulen, die Kirchen, die Presse, die Kinos und durch das Radio der Kapitalisten. Deshalb sind viele Arbeiter von einem falschen Eigentumsstolz besessen und das gerade dort, wo sie am schwersten betrogen wurden. Ein Beispiel: die amerikanischen Arbeiter machen keine Autos. Der Kapitalist nimmt das fertige Auto, gibt den Arbeitern einige Groschen für ihre Arbeit und fährt damit los. Die Arbeiter sind erstaunt über diese Logik. Und der Kapitalist steckt seinen Kopf aus dem Fenster des Autos und ruft den Arbeitern zu: „Vergeßt nicht, trotzdem ich in dem Auto fahre, das ihr gemacht habt, gehört es doch in Wirklichkeit uns allen. Denn sind wir nicht alle Amerikaner?

„Aber unsere Schauerleute haben anständige Kleidung und essen besser Sachen als eure Schauerleute hier", warf Gunnar ein.

„Ja, darauf kommen wir noch. Als die Arbeiter hier 1917 die Macht ergriffen, hatten sie einen Trümmerhaufen in ihren Händen. Vier Jahre Krieg, Bürgerkrieg, Revolution und Konterrevolution hatten alles verwüstet. Auch konnten sie noch nicht gleich anfangen mit dem Wiederaufbau, sondern mußten drei Jahre lang gegen die Interventionsarmeen der kapitalistischen Welt kämpfen. Danach kam die große Hungersnot. Es war nicht vor 1922/23, als sie endlich daran gehen konnten, die ungeheure Aufgabe des Wiederaufbaues eines vernichteten Landes zu beginnen. Ihr müßt daran denken, daß selbst das zaristische Rußland in seinen besten Tagen ein sehr rückständiges Land war. 85 Prozent der Bevölkerung konnten weder lesen noch schreiben.

Es gab keine nennenswerte Industrie, nur wenige moderne Fabriken und Gebäude. Nur in einigen der größten Städte konnte man so etwas wie Abzugskanäle, gepflasterte Straßen und Automobile finden. Und auch davon nicht viel. Die Eisenbahnen, die Bergwerke und die Schiffe wurden meistens durch ausländische Kapitalisten kontrolliert. Und die Arbeiter und Bauern erbten sie in ganz heruntergekommenem Zustande. Sie mußten tief unten anfangen. Zuerst mußten sie sich von der Unwissenheit und dem Aberglauben befreien, welche der Zarismus gesät hatte, um dann den harten Weg der Entwicklung der modernen Welt gehen zu lernen. Denkt doch blos daran! In nur acht oder zehn Jahren mußten sie Lesen und Schreiben lernen, mußten sie lernen, komplizierte Maschinen zu handhaben, mußten sie lernen, die größten und modernsten Fabriken der Welt zu bauen, mußten lernen Autos und Traktoren lenken, Schiffe, Dämme und Flugzeuge bauen!"

(Fortsetzung folgt)

Kollege Rolf Bader, parteilosser Angestellter von Osram hat trotz Entlassungsdrohung den Osram-Konzern auf dem Antikriegskongreß in Amsterdam als Delegierter der Belegschaft vertreten. Nach seiner Rückkehr wurde er fristlos entlassen.

Was sagt Frau Bader?

Da der Kollege Bader, der von der Osram-Direktion gemaßregelt worden ist, verheiratet ist und ein zweijähriges Kind zu ernähren hat, haben wir uns mit seiner Frau in Verbindung gesetzt und sie gefragt, wie sie das Vorgehen ihres Mannes aufgenommen hat. Sie antwortete uns:

„Ein revolutionärer Kämpfer muß immer damit rechnen, daß die Kapitalisten über ihn herfallen und ihn vernichten wollen. Wir Frauen haben die Aufgabe, den Kampf unserer Männer zu unterstützen und selbst unser Teil an diesem Kampf dadurch beizutragen, daß wir kleinliche Familienrücksichten dem Kampf für die proletarische Klasse unterordnen. Es war richtig, daß mein Mann sein den Kollegen gegebenes Versprechen eingehalten und ihre Interessen in Amsterdam vertreten hat. Ein Revolutionär wird nicht untergehen."

Diese Worte einer parteilosen Frau und Mutter werden und müssen zu Millionen Frauen ausgebeuteter Arbeiter und Angestellten sprechen. Verbreitet und diskutiert überall die Stellungnahme dieser tapferen Frau.

Der Verrat

(Angestelltenkorrespondenz)

Die Maßregelung des Delegierten zum Antikriegskongreß durch die Osram-Direktion ist ein einziger Skandal.

Aber was sich jetzt der Angestelltenrat dazu geleistet hat, ist mehr als ein Skandal, das ist ein Schandstreich. Aus dieser Stimmung heraus treibt es mich, zum ersten Male der „Roten Fahne" — die bisher nicht mein Organ war — zu berichten.

Am Freitag hielt der Angestelltenrat vom Osram Hg. eine Sitzung ab, die über den Einspruch des Kollegen Bader entscheiden sollte. Es gab wohl kaum einen Kollegen oder eine Kollegin, die es nicht für selbstverständlich gehalten hätten, daß der Angestelltenrat den Einspruch billigen würde. Jetzt sind wir eines Besseren bitter belehrt worden. Der Einspruch wurde nach kurzer Sitzung rundweg abgelehnt. War schon dem größten Teil der Angestelltenschaft die Maßregelung durch die Direktion unverständlich, so wirkte diese Nachricht vom Beschluß des Angestelltenrates auf uns Angestellte geradezu wie eine Ohrfeige. Diese Schamlosigkeit und das bütteihafte Verhalten des Angestelltenrates erscheint in einem ganz besonders hellen Lichte, wenn man weiß, was die Direktion dazu sagte.

Fest steht, daß auch sogar die Direktion mit einem Einspruch des Angestelltenrates rechnete. Aus diesem Grunde hatte sie sich bereits eingerichtet, um mit dem Angestelltenrat eine gemeinsame Sitzung abzuhalten. Die Direktion saß beisammen, wartete auf den Angestelltenrat, um mit ihm über den Einspruch zu verhandeln. Als die Direktion erfuhr, daß der Angestelltenrat den Einspruch abgelehnt hatte, wollte man das zunächst nicht glauben. An dieser geschilderten Tatsache, daß selbst die Direktion über das Verhalten des Angestelltenrates erstaunt war, ist nicht zu zweifeln. Ich habe von zwei zuverlässigen und gut unterrichteten Stellen dafür die Bestätigung erhalten.

Notwendig aber erscheint es mir, daß die im ZdA., GdA. und DHV. organisierten Kollegen in ihren Mitgliederversammlungen zu dem Verhalten ihrer „Vertreter" im Angestelltenrat Stellung nehmen. Ich bin der Auffassung, daß es da nur eine Meinung geben kann: Weg mit diesen Verrätern der Angestellten!

„Nun erst recht!"

(Angestelltenkorrespondenz)

Die Direktion von Osram hatte von der Belegschaftsversammlung Wind bekommen. Um die Angestellten von der Versammlung fernzuhalten, ließ sie das Gerücht kursieren, sie würde einen Vertrauensmann teilnehmen lassen, der ihr Bericht erstatte. Nun, die Angestellten haben sich dadurch nicht einschüchtern lassen und kamen doch zahlreich zur Versammlung. Im übrigen kennt man ja auch seine Pappenheimer, die sich vielleicht als Spitzel hätten mißbrauchen lassen. Als Spitzel wäre er schon vor dem Versammlungslokal entsprechend behandelt worden, dafür hätte schon der vorhandene Schutz der Arbeiter gesorgt.

Auf die Direktionsparolen aber hatten die Kollegen mit einem „Nun erst recht!" geantwortet. Ausgerechnet in der Direktions-Etage konnte man die Aufforderung lesen: „Alle heute zur Antikriegsversammlung, Genosse Bader spricht!" Über über drei Toiletten stand die Parole in großen Lettern gemalt. Und zum großen Schrecken der Direktion bildete das bolschewistische Wappen mit Hammer und Sichel den Abschluß.

Es dauerte nicht lange, da ging ein stilles Raunen durch die einzelnen Zimmer, und viele Angestellte hatten das Bedürfnis, in der Direktions-Etage einmal austreten zu müssen...

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte von Osram D und Hg!

Haltet sofort Abteilungsversammlungen ab! Wählt Delegierte zur allgemeinen Osram-Delegiertenkonferenz!

Osram maßregelt Antikriegsdelegierten

Das klassenbewußte und tapfere Verhalten des parteilosen Delegierten Rolf Bader

(Angestelltenkorrespondenz)

Die sich gern sozial und human gebärende Osram-Direktion hat wieder einmal gezeigt, daß sie mit den internationalen Kriegsverbrechern der Bourgeoisie in einer Front marschiert. Der parteilose Kollege Rolf Bader, der von den Arbeitern und Angestellten der Osram-Betriebe bestimmt wurde, die Osram-Belegschaft auf dem Kampfkongreß gegen den imperialistischen Krieg in Amsterdam zu vertreten, ist gemaßregelt worden, obgleich der Urlaub für den Kollegen bereits neun Tage vorher von seinem Abteilungsbevollmächtigten bewilligt worden war.

In geradezu schikanöser Weise versuchte man die Abfahrt des Delegierten zu verhindern, indem man erst am Freitagvormittag gegen 10 Uhr durch den Personalchef Krumbeck den bereits bewilligten Urlaub zurückziehen ließ. Erst in letzter Minute, da man wußte, daß es nicht mehr möglich war, einen Ersatzdelegierten zu beschaffen, drohte man ihm mit sofortiger Entlassung, wenn der Kollege trotzdem nach Amsterdam fahren würde.

Der Kollege Bader hat, da die Zeit für die Beschaffung eines Ersatzdelegierten zu kurz war, sein den Kollegen gegebenes Versprechen eingelöst und hat die Osram-Belegschaft in Amsterdam vertreten. Als er dann am Dienstag wieder im Büro erschien, wurde ihm sofort seine Entlassung bekanntgegeben.

Bezeichnend für das Verhalten der Osram-Direktion ist es, daß während der Verhandlungen, die der Kollege Bader mit dem Personaldirektor Krumbeck führte, von diesem verschiedentlich betont wurde, daß auch er ein „unbedingter Kriegsgegner" sei und lediglich aus „prinzipiellen Gründen" die Einwilligung zurückgezogen habe.

Wir fragen die Osram-Belegschaft, warum sie dann mit der Zurücknahme des Urlaubs solange gewartet hat, bis es nicht mehr möglich war, einen anderen Delegierten nach Amsterdam zu schicken? Und warum gelten solche „prinzipiellen Gründe" nur für Kriegsgegner und nicht auch für Stahlhelmer und Faschisten, die am Sterbetage der letzten Kaiserin dutzendweise von der Direktion beurlaubt wurden?

Nicht nur die Brutalität, sondern auch das tapfere, klassenbewußte Verhalten des Kollegen Rolf Bader hat in sämtlichen Osram-Betrieben große Bewegung ausgelöst. Der Direktion ist es gelungen, die schöne Sabotagearbeit der Reformisten zu zerstören. Die Entlassung hat in Osram D und HG eine breite rote Einheitsfront ausgelöst.

Antwort des gemaßregelten Rolf Bader

Appell an die Osram-Angestellten für den Kampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg

(Angestelltenkorrespondenz)

Der kaufmännische Angestellte, besonders in den Großbetrieben, glaubt noch immer, daß er im Rahmen des kapitalistischen Systems eine besondere Stellung einnimmt, daß er sich in einer besonderen sozialen Lage befindet, die es ihm verbietet, mit den Arbeitern aus seinem Betriebe Hand in Hand zu arbeiten. Die Ereignisse der letzten Monate haben jedoch gezeigt, daß die Abbauwelle auch vor den kaufmännischen Angestellten nicht haltmacht. Nicht nur, daß man bei Osram einem großen Teil der Angestellten den Stuhl vor die Türe gesetzt hat, denen, die geblieben sind, hat man in unerhörtester Weise die Gehälter gekürzt. Schon seit 1½ Jahren ist es stehende Redensart unter den Osram-Angestellten geworden, zu sagen: „Uns zieht man langsam, aber sicher das Fell über die Ohren!"

In sehr vielen Fällen ist es doch vorgekommen, daß man, da vorläufig der Tarifvertrag zwischen den Gewerkschaften und dem Verband Berliner Metallindustrie noch besteht, die Angestellten einfach in eine andere Tarifgruppe einreihte und so die Tarifbestimmungen einfach umging.

Wenn in den nächsten Tagen die neue Lohnabbauwelle auf Grund des Papen-Programms sich auch über die Osram-Angestellten ergießt, dann werden sie wiederum sehen, daß sie in der kapitalistischen Gesellschaft genau denselben Bedingungen unterworfen sind, wie die Handarbeiter.

Besonders wichtig für die Angestellten ist es, zu erkennen, daß sie eine bedeutsame Rolle in der Bewegung gegen Krieg und Faschismus zu spielen haben. Da eben in den Großbetrieben die Angestellten bei der Kriegsproduktion eine bessere Rolle spielen, müssen sie den revolutionären Arbeitern zu Hilfe eilen und mit ihnen Arm in Arm gegen den imperialistischen Krieg kämpfen.

Wie eng der offene Faschismus mit dem Krieg zusammenhängt, ist jedem Angestellten bekannt. Haben wir nicht alle gesehen, daß die Verhandlungen mit Frankreich in dieser Hinsicht immer festere Formen annehmen, daß Schleicher neue Vorschläge zur Reorganisierung der Reichswehr machen kann. Man weiß von den offenen und geheimen Anstrengungen, Deutschland in die offene Antisowjetfront einzugliedern.

Das ist der Beginn der Auseinandersetzung zwischen Vergangenheit und Zukunft, zwischen faulendem Kapitalismus und Sozialismus. Und so ist der Kampf gegen den Faschismus gleichzeitig ein Kampf gegen den drohenden Gehaltsabbau, gegen den drohenden imperialistischen Krieg.

Osram-Angestellte! Ihr seid genau so wie eure Kollegen an der Werkbank daran interessiert, den Kampf gegen offenen Faschismus aufzunehmen.

Stellt euch dem gebildeten Neunerkomitee zur Verfügung, reiht euch ein in die Antifaschistische Aktion und in den Kampf gegen das Papen-Wirtschaftsprogramm, stärkt die Front gegen den imperialistischen Krieg!

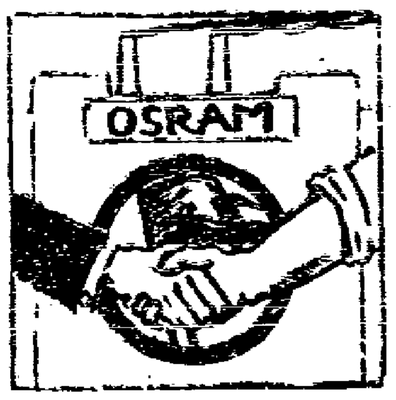
Rolf Bader.

Osram-Belegschaft animiert mit roter Einheitsfront!

Glänzende Massenversammlung der Osram-Arbeiter und -Angestellten

Stellungnahme zum Amsterdamer Antikriegskongreß

(Arbeiterkorrespondenz)



Die Belegschaftsversammlung von Osram D und Hg. am vergangenen Donnerstag war ein glänzender Auftakt in der Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten zu den kommenden Lohn- und Gehaltskämpfen. Sie war ein erster entscheidender Durchbruch der Sabotagemaßnahmen der Reformisten Faßmann und Lange bei der Schließung der Einheitsfront. Der Wille der Belegschaft, zum Kampfe die Einheitsfront zu schließen, hat sich Bahn gebrochen.

Dicht gedrängt saßen die Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten, verschiedene Kollegen fanden keinen Platz mehr und harrten im Stehen aus. DMV.- und EVMB.-Mitglieder, und bei den Angestellten ZdA.-, GdA.- und DHV.-Kollegen brachten ihre Verbundenheit und Solidarität gegenüber dem gemaßregelten Delegierten zum Ausdruck. Mehrmals wurden die Ausführungen des gemaßregelten Angestellten, Kollegen Bader, durch stürmischen minutenlangen Beifall unterbrochen. Er schilderte seine Eindrücke vom Amsterdamer Anti-Kriegskongreß und zeigte die Zusammenhänge zwischen Krieg und Faschismus auf.

In der Diskussion wies zuerst ein Angestellter auf die Hungerpläne der Papenregierung hin, die im engsten Zusammenhang mit der nationalistischen Kriegshetze ständen. Er schlug vor, ein Komitee zu wählen, das die Aufgabe hat, erstens die zukünftigen Beschlüsse des Antikriegskomitees der Belegschaft von Osram D und Hg zur Kenntnis zu bringen, zweitens die Einheitsfront in allen Abteilungen zu schaffen, damit der Faschismus, jeder Pfennig Lohn- und Gehaltsabbau zurückgeschlagen werde.

Es wurden Resolutionen vorgeschlagen, in denen den Beschlüssen des Amsterdamer Kongresses zugestimmt wird, gegen Krieg und Lohnraub allgemeine Delegiertenkonferenzen organisiert werden sollen und die Wiedereinstellung des Kollegen Bader verlangt wird.

Die vorgelegten Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Dann erfolgte die Wahl eines Komitees, das sich aus neun Kollegen, Mitgliedern des EVMB., des DMV., des ZdA. und Unorganisierten zusammensetzt. Die Jugend ist ebenfalls durch einen Delegierten vertreten. Auf Vorschlag eines Unorganisierten wurde das Komitee nach der Anzahl der Mitglieder „Neunerkomitee" benannt.

Außerdem wurde noch eine Delegation, der zwei Angestellte und vier Arbeiter angehörten, gewählt. Sie hatte die Aufgabe, beim Angestelltenrat vorstellig zu werden, damit er energisch die Wiedereinstellung des Kollegen Bader bei der Direktion verlangt.

Geschlossen!

Zweifelsohne hat die Entlassung des Kollegen Bader bei Osram große Empörung ausgelöst, aber auch einige Kollegen, die die Delegation mit finanziert hatten, eingeschüchtert und sicherlich kamen aus diesem Grunde viele nicht in die Belegschaftsversammlung, obwohl sie auf Seiten des Kollegen B. standen.

In unserer Abteilung dagegen trafen wir geschlossen die Verabredung, geschlossen als Gruppe zum Versammlungslokal zu gehen. Wir waren der Meinung, wenn einzelne nur hingehen, könnte es gefährlich sein, bei gemeinsamem Auftreten aber Mann aus die Direktion nicht anhaben.

Die Entscheidung des Angestelltenrates wurde überall aufs schärfste verurteilt. Das Verhalten wurde als unkollegial angesehen.

Casinotheater 8¼
Lothringer Straße 37
Annemarie
Musik von Gilbert
Vorher ein bunter Teil
Preise billiger wie Kino, 0,50, 0,75, 1,— Mark. Jeden Sonntag nachmittags 4 Uhr dieselbe Vorstellung zu kleinen Preisen.

PLAZA
Mitte Zähler. Str. Tel. 314, Stpl. 2, 5, 9189.
E 7 Weichsel 4031
Der liebe Augustin

.... und immer wieder ins
ROSE-THEATER
am besten und billigsten als
ABONNENT!

Einzigartige Vorzüge:
Keine Verlosung, sondern feste Stammsitze nach freier Wahl.
Freies Programm, freie Garderobe, keine Einschreibegebühren.
12 Vorstellungen im Jahr (6 musikalische Werke, 6 Schau- und Lustspiele).

Abonnementsvorstellungen sind: Vom Montag bis Sonnabend 8.15 Uhr, Sonntag 5.30 und 8.30 Uhr. Das Spieljahr 1932-33 wird am 27. September mit der Komödie von Karl Zuckmayer „Der Hauptmann von Köpenick" eröffnet

NEUEINFÜHRUNG
Volksvorstellungen im Abonnement. Jeden Mittwoch 5.15 Uhr. Preise von 25 Pf. bis 1 M (inkl. Programm und Garderobe, keine Einschreibegebühr). Ungekürzte Aufführungen in erster Besetzung. Stets nur eine Vorstellung im voraus zu zahlen. Reichillustrierte Werbeprospekte senden wir auf Wunsch kostenlos

— Ausschneiden —

Rose-Theater, Gr. Frankfurter Straße 132
Ich abonniere hiermit .... Plätze für 12 Vorstellungen einer Volksserie zum Preise von 0,25, 0,30, 0,40, 0,50, 0,75, 0,90, 1,00 Mark und bitte um sofortige Platzanweisung

Name: _____

Adresse: _____

Lebensmittel

Fleischerei
Wurstwaren billigste Preise. Riedel, Waldstr. 39.

Eier
Prywes, SW 29, Mittenwalder Straße 8.

Kolonialwaren
Kappert, SW 29, Solmsstraße 3.

Gemüse
Obst, Kartoffeln usw. Wagner, Sossener Straße 5.

Kolonialwaren
Milch usw. Elise Kurzynski, Nostitzstraße 42.

Kolonialwaren
Milch usw. Laaß, Mittbald-Alexis-Straße 34.

Mietgesuche

Möbliertes
Zimmer, Nähe Wittenbergplatz, Lützowplatz, sucht junger Angestellter bei Genossen. Chiffre 1599.

Betten

Metallbetten
billig und gesund. Bei Teilzahlung Wochenrate 2.—. Brenzlauer, Reinickendorfer Str. Nr. 117.

Bettenhaus
Bettfedern, Daunen, Inlets. Mitglieder erhalten 5% Rabatt. Bettfederreinigungsanstalt im Hause. Max Nagel, Ilsebomstraße 7

Schuhwaren

Schuhmacherei
Erich König, Schöneberg, Fritz-Reuter-Str. 2.

Farben Tapeten

Linoleum
Tapeten, Szillat, Kolonienstraße 9.

Möbel

Billige
Schlafzimmer, Einzelmöbel, Küchen, bequemste Teilzahlg. Möbelhaus Grebler, Weinbergsweg 4 u. Kottbusser Tor.

Schlafzimmer
250—900, Diele garnituren 20 M. Kamerling, Kastanienallee 56, Ecke Fehrbelliner Straße.

Wirtschaftsartikel

Seifen
prima Qualität, Haushaltungsbedarf, Scheunemann, Mittenwalder Str. 42.

Fahrräder

Fahrräder
gebrauchte, für Damen und Herren RM. 15.— bis 20,—, fabrikneue von 45,— an. Mittler, Görlitzer usw. 10,— bis 15,— Anz. 3,— Wochenrate. Straß, Charlottenburg, Wallstraße 23.

Gebrauchte
Fahrräder 15.—, 20.—, 25.—, 30.—, 35.—. Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Teilzahlung!
Monatsraten 10.-, Wochenraten 3.-. Wanderer, Göricke, Opel, Dürkopp, Mittler, Sport-, Renn- u. Tourenräder 55.- an, Ballon 68.-. Gebrauchte spottbillig. Klein, Charlottenburg, Bismarckstr. 62.

LICHTBURG
Berlin-Gesundbrunnen
Tel.: Humboldt 1636/37
Beginn d. Vorst. Wochentags: 5 6 8
Sonntags: 3 6 8

Von Freitag, den 2. September, bis Donnerstag, den 8. September:

Die Bühne:
Marbas Truppe, die waghalsigen Akrobaten
Polino Negro und 3 Ladies, die neuartige Tanz-Schau
Marietta Lenz, eine neue Vortragskünstlerin
Tone Comp., die Doppeljongleure des Wintergartens

Der Tonfilm:
SCHUSS IM MORGENGRAUEN
mit Carl Ludwig Diehl, Ery Bos, Fritz Odemar, Theodor Loos, Genia Nikolajewa, Peter Lorre und anderen

Ufa-Tonwoche
Sensationen aus aller Welt
Herbsttage in Sanssouci
Ein künstlerischer Kurztonfilm
Lichtburg-Orchester unter Leitung von Kapellmeister Paul Hensel

Fleisch- und Wurst-König
Invalidenstr. 151, am Pappelplatz
Rind- und Schweineschlächterei
Walter Bullerjahn
Wöhlertstraße 5

Kolonialwaren — Feinkost
Klara Timm, Bohnsdorf
Hundsfelder Straße 12

KABU-Futtermittelhandlung
BERLIN-GRUNAU

Achtung! Achtung!
Das berühmte
LEWKO-EIS
Müllerstr. 139

Arbeiter decken ihren Bedarf an Fleisch- und Wurstwaren
nur bei **Max Langer**
Spandau, Havelstraße 9

Wassersportheim
Seebad Lehnitz
Restaurant und Familienbad
Vier Jahreszeiten
Bohnsdorf Bunzelstr. 72
Angenehmer Aufenthalt

Kinospielplan 6.—8. September

Neukölln

Union-Kino Bielefeldstraße 22, Ecke Hermannstraße
2 Großtonfilme: Es geht um alles (m. E. Polo, Gambino). — Madame Satan (m. Reginald Denny).

Mercedes — Primus
Hermannstr. 212 — Urbanstr. 72/76
Die führenden Tonfilmtheater
W. 6.30, 9.00. S. ab 5 Uhr.
Primus: Tonlustspiel: Ich bin ja so verliebt (mit Felix Bressart). — Dazu: Die Nacht der Versuchung (mit E. Brink, W. Fütterer).
Mercedes: Willi Vogel, der Ausbrecherkönig: Strafsache von Geldern (m. E. Richter, Kampers). — Dazu: Ich bin ja so verliebt.

Elite-Lichtspiele Hermannstraße 35
ab 10 Uhr vormittags
2 Großtonfilme: Um eine Nasenlänge (m. S. Arno). — Schachmatt (m. G. Maurus).

Kapitol Hasenheide 21
Jan Kiepura in: Das Lied einer Nacht. Das große Beiprogramm.

Kukuk Wochent. 6.45, 9 U. Sonnt. 4, 6.30, 9 U.
Kottbusser Damm 92
Kriminaltonfilm: Der Schuß im Morgengrauen (mit H. L. Diehl, E. Bros). — Dazu: Der falsche Tenor (mit Rundfunksänger E. Baumann).

Excelsior Wochent. 6.30, 9 U. Sonnt. 4, 6.30, 9 U.
Kaiser-Friedrich-Straße 191
Tonfilm: Das Millionen-Testament (mit Ch. Anders, J. Riemann). — Jugendfrei.

Stern Hermannstraße 49
Kriminaltonfilm: Schuß im Morgengrauen (mit H. L. Diehl, E. Bros). Dazu: Der falsche Tenor (mit Rundfunksänger E. Baumann).

Südosten

Stella-Palast Köpenicker Straße 11-15
Großtonfilm: Schuß im Morgengrauen. — Beiprogramm: Vier Variete-Attraktionen.

Filmeck (Film u. Bühne)
am Görlitzer Bahnhof
Tonfilm: Ja, treu ist die Soldatenliebe (mit E. Schulz). — Dazu: E. Polo, L. Albertini: Es geht um alles.

Luisen-Theater Reichenberger Straße 24
Wochent. 6.30, Sonnt. 3 Uhr
M. Chevalier, J. Macdonald in: Eine Stunde mit dir. — Fräulein, falsch verbunden (m. J. Riemann, M. Schneider).

Südwesten

Rivoli, Film u. Bühne
Bergmannstraße 5-7
Tonlustspiel: Ich bin ja so verliebt (mit Felix Bressart). — Dazu: Das Haus an der Grenze.

Westen

Kamera-Lichtspiele
Unt. d. Linden 14 (A 1) 2987, Jäger
5, 7, 9 Uhr.
Das große Russen-Programm: Menschenarsenal. Regie: A. Room. — Die Affen von Sachum.

Schöneberg

Turma-Flora
Hauptstraße 144
Turma: 2 Großtonfilme: Ich hab dich so lieb (m. Felix Bressart). — In 80 Minuten um die Welt (mit D. Fairbanks).
Flora: Frau Lehmanns Töchter (mit Hansi Niese). — Tön. Beiprogramm.

Zentrum

B. T. L. Alexanderstraße 39-40
Den ganzen Tag geöffnet
Tonfilmoperette: Es war einmal ein Walzer (m. M. Eggerth, R. v. Gothi). — Jugendfrei. — Beiprogramm.

Osten

Germaniapalast Frankfurter Allee 216
W. ab 6.30, S. ab 3 Uhr.
Täglich ständiges Orchester unter Leitung des Kapellmeisters Dr. Krauter. — Film: Willi Vogel, der Ausbrecherkönig in: Strafsache von Geldern (mit E. Brink, Kampers). — Bühne: 3 Varietenummern von Weltruf.

Luna-Palast Gr. Frankfurter Straße 121
W. ab 6.30, Sonntags ab 3 Uhr.
Tonfilm: Schuß im Morgengrauen (m. H. L. Diehl, Ery Bos). — Dazu: Der falsche Tenor. — Bühne: Dücher, genannt der deutsche Grok.

Lichtenberg

Kosmos-Lichtspiele Lückstraße 70
Wochent. 7, 9, Sonnt. 5, 7, 9 Uhr
2 Schlager: G. Fröhlich, R. Müller in: Das Liebeslied. — Kriminalfilm: Die Mexikanerin.

Weißensee

Schloßpark Berliner Allee 205-210
2 Tonfilme: Strafsache von Geldern (mit Kampers, Brink). — Marco, der Clown.

Nordost

„Elysium" Brenzlauer Allee 51
2 Großtonfilme: Strafsache von Geldern (mit Kampers, E. Brink). — Der Tugendkönig.

Volkskino Königstadt
Schönhauser Allee 10—11.
J. Macdonald, M. Chevalier in: Eine Stunde mit dir. — Beiprogramm. — Tonwoche. — Bühnenschau. — Erwerbslose bis 7 Uhr 50 Pfennig.

Norden

Alhambra, Müllerstr.
Ecke Seestraße, 4, 6, 8, ab 3 Uhr.
Jeanette Macdonald, M. Chevalier in: Eine Stunde mit dir. — Tön. Beiprogramm. — Emelka-Tonwoche.

Puhlmanns Lichtspiele
Schönhauser Allee
2 Tonfilme: Jonny stiehlt Europa (m. H. Piel). — Morgen geht's uns wieder gut.

Welt-Theater Müllerstraße 7
Auf Ton- und Klangapparatur: Es war einmal ein Walzer (mit Verebes). — Dazu: Warschauer Unterwelt.

Tegel

Kosmos-Lichtspiele Hauptstraße
2 Großtonfilme: Maurice Chevalier: Eine Stunde mit Dir. — Drehers Meisterwerk: Vampir.

Filmpalast Tegel Bahnhofstraße 2
Tongroßfilm: Madame Satan (mit Reginald Jenny). — Tön. Beiprogramm. — Emelka-Tonwoche.

Union-Kino Hauptstraße
2 Großtonfilme: Der Draufgänger (m. H. Albers). — Der König der Steppe. — Tonwoche.

Hennigsdorf

Filmpalast Hennigsdorf
Berliner Straße 5a
W. 6, 8.30, S. 2, 4, 6.30, 8.45
Tonfilm: Der Flüchtling (mit R. Bartholomes). — Dazu: Kismet. — Emelka-Tonwoche.

~~Reinickendorf-Ost~~

Universum-Lichtspiele
Residenzstraße 76
2 Tonfilme: Frankenstein. — Aus einer kleinen Residenz (mit Lucie Englisch).

A Der Weg zum Kunden

LIGA DICK-RUND-GLATT
die freiwirtschaftliche Qualitäts-Zigarette 3 Pf.
2212

Norden

Filze, Schuhbedarf
A. ELSHOLTZ
Brunnenstr. 43
Eingang: Rheinsberger Straße
2276

Auto- und Motorrad-Fahrschule Rowedel
2473 jetzt: Gartenstr. 12

Bäckerei, Konditorei 2475
E. Ruhwedel
Ackerstr. 47

Leder-Neumann
2388 ist eure Einkaufsquelle
Brunnenstr. 132

Damenhüte
preisw. u. schick
2476 **Elise Koh**
Brunnenstr. 123

Rind- und Schweineschlächterei
2474 ff. Wurstwaren
Franz Fiedler,
Ackerstraße 136

Den niedrigsten Preis macht
2272 **Seifen-Kreis**
Strelitzer Straße 35

ARNO FISCHER Fabrik feiner Wurst- u. Fleischwaren
2270 **gute Ware zu niedrigen Preisen!**
Swinemünder Str. 67 Ecke Gleimstr.

Rind- u. Schweineschlächterei
ff. Qualitäten
Niedrigste Preise
W. Schierau
Swinemünder Straße 75
2387

Leistenhaus
Brunnenstr. 69
Leisten aller Art
Sperrholz. Fäße
Möbelknöpfe
Griffe etc.
2472

2393 Fleischerei
ff. Wurstwaren
STROBEL
Hussitenstraße 37

Mehl-Wiebel
Ramlerstr. 32
Graunstr. 16
Brunnenstr. 94
2268

Reserviert W.
2471

Obst, Gemüse, Südfrüchte nur bei
Sommerfeld
Swinemünder
2392 Straße 53

Zentrum

Mit 5 Mark Existenzgründung durch Kurzwarenvertrieb Sida, Berlin, Brunnenstr. 39, Oranienstr. 184
2271

Spandau

GUSTAV LEVY
Schönwalder Straße 65/67
2365 Manufakturwaren

Kaufhaus Louis Salomon
2367 Inh. Julius Weiß
Pichelsdorfer Straße 16

2368 **Vollmilch**
ab Wagen Liter 23 Pf., liefert
Heinrich Nadler, Stresowplatz 19a

Julius Piech
Breite Straße 53, Ecke Markt
2369 Führendes Spezialhaus für Damen-, Herren- und Kinderkleidung

Otto Dragowsky
2354 Kunertstraße 8
Brot- und Feinbäckerei

AUTO-MEYER
Auto- u. Bootszubehör, Farben, Lacke
2356 Breite Str. Ecke Havelstr.

Schuhhaus Fischer
Adamstr. 5 / Pichelsdorfer Str. 13

2394 Farben, Lacke, Pinsel
Karbolineum, Pappen, Bootslacke
kaufen Sie preiswert u. gut Farbenhaus Erich Walter, Neuendorfer Str. 73

Optik und Photo
Herm. Meißner
Pichelsdorfer
2364 Str. 4

Kolonialwaren
Peter Rohrmann
Schönwalder
2355 Str. 57a

MÖBEL-REBSCH 2256
nur Hafenplatz 5
reell — preiswert

Strümpfe 2445
billiger
Neumeisterstr. 1

MAX RHINOW
Potsdamer Str. 13/14
Lederwaren
2446 Sattlerei

„ALASKA"
2447 Eis- und Fischhandlung
W. Stich,
Klosterstr. 13

M. Weiß
Pichelsdorfer
2395 Str. 105
Farben, Lacke
Tapeten

Tabakwaren
IDA JAHN
Klosterstr. 38
gegenüber dem Güterbahnhof
2396

Neukölln

Fit mehr vitaminhaltige Früchte!
2450

Milch — Kolonialwaren
2451 Hans Schubert, Emser Str. 56

Heinrich Köpke, Schlächtermstr.
Hermannstr. 159 2452

M. O. Riedel, Hermannstr. 64
2453 Fleisch- und Wurstwaren
2454 Carl Bensch, Hermannstr. 148
Tapeten, Farben, Lacke, Linoleum

Wilh. Schaale
2214 Hermannstraße 58
Fleisch- und Wurstwaren
zu den niedrigsten Preisen

2215 OPTIK und BANDAGEN
Otto Schubert, Bergstraße 155
Lieferant sämtl. Krankenkassen

Centralbad Neukölln
2216 Anzengruberstraße 23
Lieferant aller Krankenkassen

Fritz Muth
Buttergroßhandlung 2217
Filialen in allen Stadtteilen

Uhren, Goldwaren, Trauringe 2220
W. Lehmann, Kottbuser Damm 23

2221 Milch — Backware
Willi Jung, Karlsgartenstr. 17

Fleischerei Alfred Kuley
2260 Emser Straße 40

2379 Milch — Kolonialwaren
Hans Schäßler, Reuterstr. 77

Eßt mehr vitaminhaltige Früchte! 2257

Zum Rollkrug
2457 am Hermannplatz

Fleisch- und Wurstwaren
G. Girra 2257
Hermannstraße 209

2258 Rind- u. Schweineschlächterei
G. Regber, Karlsgartenstr. 16

2259 Zoologische Handlung
Georg Schmidt, Hermannstr. 198

Tägl. frische Milch u. Kolonialwaren
GUSTAV REIMANN
2222 Prinz-Handjery-Str. 49

Brot- und Feinkuchenware 2213
OTTO BRAUN
Steinmetzstraße 31

Herrenartikel
2219 Hüte
B. Bock
Kaiser-Friedrich-Straße 10

2218 Obst
Kolonialwaren
Adolf Hindenberg
Widmannstraße 18

Drogen — Photohaus
2264 G. R. Prenzel, Hermannstr. 208

Fleischer, Preuß, Wipperstr. 14-15
2265

2266 Rind- u. Schweineschlächterei
Max Hadamik, Niemetzstr. 18

Hindenburg-Apotheke
2267 Schudomastr. 46
Lieferant sämtlicher Krankenkassen

Arbeiterverkehrslokal
2370 Willy Kremp, Elsterstr. 1/2

2381 ff. Fleisch- und Wurstwaren
Johann Loserth, Warthestr. 73

MÖBEL-KURZMANN
2380 Hermannstraße 152

Herrmann Schuhbedarfsartikel
Schuhpflegeartikel
Fußpflegeartikel
Lederhandlung Hardt
2262 Bergstraße 42

Feinbäckerei und Konditorei
Th. Schmidt, Hermannstraße 54

Gebr. Goldmann, Herrenbekleidung
2375 Berliner Str. 35

Hausfrauen,
deckt euren Bedarf im Märkischen Konsum
HERMANN POHLE
2250 **Straßberger Str. 34 — Pallisadenstr. 29**

2382 Milch
Molkereiprodukte und Lebensmittel
Hermann Janders
Kleine Markusstraße 7

Seifen-, Bürsten-Handlung von
Elise Scheffler
Andreasstraße 3
2251

Täglich frische Räucherwaren und Delikatessen
zu billigen Tagespreisen empfiehlt
Helene Schulz
Koppenstraße 16
2386

Molkereiprodukte
Lebensmittel
2383 empfiehlt
Willi Hauke
Andreasstr. 38

Kolonialwaren
Lebensmittel
J. Kosterlitz
Krantstr. 4/5
2469

Photo, Drogen, Farben, Tapetenhandlung
M. Wituski Nachfl., Holzmarktstr. 13
2467

Seifenfiliale
2468 Wäscheleinen — Besen
Neukölln, Jägerstr. 60, Markusstr. 21

Wasch- und Plättanstalt
2460 Billigste Preise
Grete Vangerow, Andreasplatz 6

SCHEREBS BIERHALLEN
Koppenstraße 10
empfiehlt der werktätigen Bevölkerung
2385 seine Lokalitäten

Wo trinkt der Arbeiter sein Bier?
Bei R. FEHLBERG
2249 Frankfurter Allee 270

Neukölln

Julius Besen
2458 Kohlengroßhandlung
Berlin-Neukölln, Kniesebeckstr. 147/148

Bäckerei — Konditorei
2456 Hans Asmus, Weisestr. 59

Neukölliner Fleischhalle
2373 Kaiser-Friedrich-Straße 7

2374 Rind- u. Schweineschlächterei
Otto Kramer
I. Weserstr. 213, II. Rostocker Str. 30

Fahrradhaus R. Kühler
2376 Hermannstr. 177, a. d. Thomask.

2377 Rind- u. Schweineschlächterei
Awiszus, Hermannstr. 114

2378 ff. Fleisch- und Wurstwaren
Robert Sprotte
Weserstr. 59

Moderne Herren- und Knabenbekleidung
Max Rosner
2371 Bergstraße 157

Reserviert
2461

2462 Milch
Lebensmittel
kauft bei
P. Jahn,
Raupachstr. 8

2455 Milch-Lebensmittel
kauft bei
E. Lembke
Marsiliusstr. 24

2352 Metzgerei
Frd. Hesse
Koppenstraße 28

Nordwesten

Milch, Kolonialwaren
AGNES HOPPE
2262 Berlichingenstraße 10

Bardorf
Photo — Optik
2363 Turmstraße 74

Süden

2261 Rind- u. Schweineschlächterei
Hermann Koes, Schöneleinstr. 20

Britz

Paul Baise
2455 Chausseestr. 38

Ostern

BUTTER-HEINZE
Filialen in Berlin u. Umgegend
2248

Obst und Gemüse zu billigsten Tagespreisen empfiehlt 2384
Philipp Schößler
Koppenstr. 18 Ecke Paul-Singer-Str.

Kohlen, Holz
Fr. Pöplau,
Kopernikusstr. 2
2449

CHEMISCHE REINIGUNG
FÄRBEREI — HANDBÜGELEI
2463 Otto Schanka, Raupachstr. 8

BRAUEREI A. R. SCHADE
Karamel-Weißbier
2464 Paul-Singer-Str. 103